

Abonnements-Bedingungen:
Monatspreis 1.10 Mark monatlich 1.10 Mark
Vierteljahr 2.50 Mark monatlich 1.10 Mark
Jahrespreis 12.00 Mark monatlich 1.10 Mark

Vorwärts

Die Inflation - Gebühr
Betragt für die sechsmonatigen Rollen-
gehalte oder deren Raum 50 Pf. für
politische und gewerkschaftliche Vereine

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Morinplatz, Nr. 151 90-151 97.

Dienstag, den 14. Dezember 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Morinplatz, Nr. 151 90-151 97.

Die englisch-französischen Truppen aus Mazedonien verdrängt

Die englische Niederlage in Mesopotamien.

Aus dem südlichen Mesopotamien, der vom Euphrat und Tigris durchflossenen arabischen Niederung sind in letzter Zeit allerlei türkische und englische Meldungen von einer großen Niederlage der bis nahe vor Bagdad vorgedrungenen englisch-indischen Truppen zu uns gedrungen.

Der Plan bestand darin, die Russen sollten über die Kaukasusgrenze in das türkische Armenien einfallen und zugleich über den östlichen Teil der persischen Provinz Azerbeidschan (die Gegend am Urmiasee) bis Mosul am oberen Tigris vorzudringen suchen, während eine englische Armee unter Führung des Generals Townshend Bagdad besetzen und von dort am Tigris entlang ebenfalls bis Mosul vordringen sollte.

Ein sehr wohl berechneter Plan, der eine gewisse Gewähr des Gelingens zu bieten schien, denn seit Jahren schon werden die türkischen Armenier von russisch-armenischen Emissären gegen die Türken aufgewiegelt, und dieser Agitation läßt sich, obgleich die jenseits der türkisch-russischen Grenze lebenden Armenier von der russischen Regierung keineswegs besser behandelt werden, ein gewisser Erfolg nicht absprechen.

Infolge der Niederlage der Russen in Europa, ihrer geringen Erfolge an der Kaukasusfront und der strengen Niederhaltung aller armenischen Aufstandsversuche durch die türkischen Behörden ist der erste Teil des russisch-englischen Offensivplanes mißglückt. Bessere Aussichten schien das Vordringen des englisch-indischen Heeres in Mesopotamien zu haben.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amlich. Großes Hauptquartier, den 13. Dezember 1915. (W. L. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz. Es ist nichts von Bedeutung zu berichten.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalleutnants v. Hindenburg.

An verschiedenen Stellen fanden kleine Gefechte vorgehobener Positionen mit feindlichen Aufklärungsabteilungen statt. Dabei gelang es den Russen, einen schwachen deutschen Posten aufzuheben.

Heeresgruppe des Generalleutnants Prinz Leopold von Bayern.

Ein vergeblicher Angriff gegen unsere Stellung bei Wulka (südlich des Wygonowskoje-Sees) kostete den Russen etwa 100 Mann an blutigen Verlusten und an Gefangenen.

Heeresgruppe des Generals v. Liningen.

Nichts Neues.

Balkankriegsschauplatz.

Die Lage ist nicht wesentlich verändert. Bei der Armee des Generals von Kövcs wurden gestern über 900 Gefangene eingebracht. Bei Jpez sind 12 moderne Geschütze erbeutet, die die Serben dort vergraben hatten.

In Mazedonien hat die Armee des Generals Todorow die Orte Doiran und Gewgeli genommen. Kein Engländer und Franzose befindet sich in Freiheit auf mazedonischem Boden. Nahezu zwei englische Divisionen sind in diesen Kämpfen aufgerieben worden.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 13. Dezember. (W. L. S.) Amlich wird veröffentlicht: 13. Dezember 1915.

Russischer Kriegsschauplatz. Keine besonderen Ereignisse.

Italienischer Kriegsschauplatz.

In Tirol beschließt die italienische Artillerie den besetzten Raum von Bardaro sowie unsere Stellungen bei Riva, Rovereto und am Col di Lama. In Judicarien arbeitet sich die feindliche Infanterie näher heran; auf den Berghöhen östlich des Tales griff sie an und wurde abgeschlagen.

Am Gärzer Brückenkopf fanden Geschütz- und Minenwerferkämpfe statt. Ein feindlicher Angriffsvorstoß auf die Gruppe nordöstlich Oslawija war bald zum Stehen gebracht.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Die Verfolgungskämpfe in Nordostmontenegro nehmen ihren Fortgang.

Bei Korito wurden achthundert Gefangene, bei Jpez neuerlich zwölf serbische Geschütze eingebracht.

Unsere Flieger bewarfen das Lager bei Berane erfolgreich mit Bomben.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes.

v. Dörfel, Feldmarschallleutnant.

länder wäre nur möglich nach Eintreffen großer Verstärkungen. Wird aber England heute solche Verstärkungen stellen können? Heute, wo die Lage der englischen Vandalstruppen in Saloniki und auf Gallipoli immer gefährlicher wird, wo es in Nord-Indien gärt und der Angriff eines türkischen Heeres auf Ägypten droht? Gegenüber der Sicherung seiner Stellung auf dem Balkan und in Ägypten ist die Expedition nach Mesopotamien denn doch nur von sekundärer Bedeutung.

Judem aber hat England heute am Tigris mit einem ganz anderen Widerstand zu rechnen wie bisher, denn der Erfolg der osmanischen Truppen bei Bagdad ist wesentlich auf eine Schwächung der südlichen Schammarstämme zurückzuführen. Seit Jahrzehnten schon sucht England sich günstig mit den arabischen Beduinenstämmen der Schammar, den mächtigsten im Tigrisgebiet, und den Muntefil-Beduinen (westlich des Euphrat, zwischen der Einmündung des Altjeschan und des Tigris) zu stellen, besonders nachdem es der englischen Regierung 1901 gelungen ist, durch Parteinahme für den Sultan Mbarak in Sivas von Ruweit gegen die türkische Oberherrschaft aus Ruweit eine Art von englischem Schutzstaat zu machen. Durch eine schlaue Politik und reiche Bestechungen der Scheichs ist das den englischen Agenten auch so gut gelungen, daß noch bis vor einigen Monaten beide Stämme, die nur nominell die türkische Oberhoheit anerkennen, die englische Expedition mehr unterstützten als hinderten.

Deutlich zeigen die Vorgänge in Mesopotamien, wie die Auslieferung der Mohammedaner gegen England sich immer mehr ausbreitet und der englische Nimbus, das englische Prestige schwindet. Auf diesem Prestige beruhte nicht zum wenigsten Englands Machtstellung in der Welt des Islam, vornehmlich in Nord-Indien. Schon die verzweifeltsten Kämpfe gegen die Türken auf Gallipoli haben Englands Ansehen im Orient erschüttert, die Niederlage bei Bagdad und die Flucht nach Kut el Amara bedeutet eine weitere Schwächung des Prestiges, und kommt nun noch der Rückzug der englischen Truppen von Gallipoli sowie Gefechtsverluste in Ägypten hinzu, dann ist die allgemeine Aufsehnung des Orients gegen England fertig. — Der Krieg nimmt eine immer ungünstigere Wendung für Englands Welt Herrschaft.

Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 13. Dezember. (W. L. S.) Bulgarischer Heeresbericht vom 11. Dezember. Wir sehen heute die Verfolgung der englisch-französischen Truppen auf beiden Ufern des Bardar in der Richtung von Gewgeli und Doiran fort. Diejenigen Teile unserer Streitkräfte, welche auf dem rechten Bardar-Ufer vorrückten, griffen die Franzosen auf der ganzen Front an und nahmen deren Stellungen bei den Dörfern Miletkowo und Smotawiga und bei der Höhe 720 südwestlich von Rowaneg im Sturm. Die 122. französische Division, die aus den Regimentern 45, 84, 145 und 284 zusammengesetzt ist und in diesem Abschnitt operierte, erlitt große Verluste an Verwundeten, Toten und Gefangenen. In einem einzigen Schützengraben bei Miletkowo wurden hundert Leichen gefunden. Die Kavallerie, die die Planke unserer Armee deckt, griff bei dem Dorfe Regorhi ein französisches Bataillon an, das sie zerprengte, wobei sie dessen Kommandanten gefangen nahm. Unsere auf dem linken Ufer des Bardar operierenden Abteilungen warfen mittels eines kräftigen Angriffs die englisch-französischen Truppen aus der

von ihnen auf der Linie Baba-Berg, Cote 51, Dorf Debeli, Cote 670 und Cote 610 ausgebauten Stellung, die sie besetzen. Die Engländer zogen sich nach Südosten in der Richtung des Dorfes Karaglarlar und die Franzosen nach Südwesten in der Richtung des Dorfes Bogdanli zurück. Die englisch-französische Stellung bei dem Dorfe Furka wurde mittels eines Bajonettangriffs erobert. Die mazedonische Division, welche dem Feinde in diesem Abschnitt nachsetzte, durchbrach im Laufe der Verfolgung die Front der englisch-französischen Truppen, nahm das Dorf Bogdanli und schritt auf diese Weise die französischen Abteilungen, welche zwischen dem Kozuderefluß und dem Bardar operierten, von den Engländern ab, die sich südlich von Furka und dem Doiran-See zurückgezogen. Wir machten zahlreiche Gefangene, darunter 5 Offiziere. Die genaue Zahl der Stegbesuche ist noch nicht festgestellt. Die Gefangenen und Toten gehören zumeist der englischen Armee und der Division des Generals Vailloud an, welche die französischen Infanterie-Regimenter 175 und 176 sowie zwei Jünger-Regimenter umfaßt. Gegen 2 Uhr nachmittags stand Gewogheit in Flammen. Die Verfolgung dauert fort und soll zur Einnahme der Städte Gewogheit und Doiran führen.

Der Rückzug der Alliierten aus Mazedonien.

Saloniki, 12. Dezember. (W. L. V.) Meldung der Agence Havas. Auf der Front der Alliierten, wo die Bulgaren in diesen Tagen angreifen, dauert die lebhafteste Tätigkeit an. Der Rückzug der Alliierten wird methodisch fortgesetzt. Die Lage der Engländer nördlich von Doiran hat sich dank der Ankunft von Verstärkungen aus Saloniki merklich gebessert. Neue englische Truppen landen täglich. Die Alliierten bringen zahlreiche Serben, die aus der Gegend von Gewogheit geflüchtet sind, in der Umgegend von Saloniki unter.

Sofia, 12. Dezember. (T. U.) Die bulgarische Offensive gegen die in Mazedonien stehenden englischen und französischen Truppen hat binnen wenigen Tagen einen vollen Erfolg erzielt. Auf der sechzig Kilometer breiten Front Kriwolak-Doiran haben die Bulgaren nach kurzen aber harten Kämpfen die Ententetruppen überall geschlagen. Diese erlitten die schwersten Verluste und flüchteten über die griechische Grenze. Nach den letzten hier eingetroffenen Meldungen waren die Franzosen genötigt, ihre stärksten Stellungen aufzugeben, die Wäldchen bei Demir Kapu und davon südlich bei Gradev, worauf ihr Rückzug am Bardar entlang nach Gewogheit erfolgte.

Durch diese Tatsache sind die Franzosen, welche auf der linken Seite des Bardar zusammengedrängt waren, gezwungen, griechischen Boden zu betreten. Das Kriegsmaterial wurde bereits über die Grenze geschafft. Nicht besser ist die Lage der Verbündeten an östlichen Bardarus. Die dort stehenden englischen Truppen mühen ihre festen Stellungen bei Valandovo, Rabrovo und Ubovo, wo sich das Ententehauptquartier befand, in bulgarischen Händen lassen und flüchteten in die Richtung nach Doiran. Diese so veränderte militärische Lage ist es auch, die die Entente nötigte, ihre ultimatumartige Note an Griechenland zu richten, um eine Gewähr zu erhalten für die Sicherheit ihrer sich zurückziehenden Truppen.

London, 12. Dezember. (W. L. V.) Das Kriegsmünsterium berichtet: Nach heftigen Angriffen durch einen sehr überlegenen Feind gelang es der 10. Division mit Hilfe von Verstärkungen, vom Doiran-See in westlicher Richtung nach dem Bardar-Tal zurückzugehen und im Anschluß an die Verbündeten eine starke Stellung zu besetzen. Da die Straße sehr gebirgig ist, wurde es notwendig, acht Geschütze an einer Stelle aufzustellen, von wo sie beim Rückzuge nicht wiedergeholt werden konnten. Unsere Verluste betragen ungefähr 1500 Mann.

Saloniki, 12. Dezember. (W. L. V.) Neutermeldung. Bericht vom Sonnabend. Die Bulgaren behinderten gestern den Rückzug nach der neuen Front nicht. General Mahon verabschiedete gestern mit General Vailloud. Es herrscht vollständige Uebereinstimmung unter den Generalen der Verbündeten über die bezüglich des Rückzuges zu ergreifenden Maßregeln. Heute war wieder eine Konferenz zwischen den Vertretern des griechischen Generalstabs und General Sarrail. Die Besprechungen werden geheim gehalten.

Saloniki, 12. Dezember. (W. L. V.) Reuters Sonderbericht-erstatte bei den französischen Truppen aus Mazedonien meldet vom Freitag aus Saloniki, daß die Franzosen sich in völliger Ordnung auf Gradev zurückzogen. Sie zerstörten dabei Tunneln und Brücken, um den Aufmarsch der Bulgaren aufzuhalten. In Gradev wurde ein neuer Versteck angelegt. So war die Lage der französischen Armee vor zwei Tagen. Griechische Stabsoffiziere verhandelten mit Sarrail über den Zustand in Mazedonien. Nach einer Mitteilung aus französischer Quelle soll Oberst Palis gestern General Sarrail namens der griechischen Regierung erklärt haben, daß, wenn die bulgarische Armee bei der Verfolgung der Truppen der Verbündeten die griechische Grenze überschreiten sollten, Griechenland seine Truppen vor den Bulgaren zurückziehen würde, um jeden Zusammenstoß zu vermeiden.

Die Entente will Saloniki nicht räumen.

London, 12. Dezember. (W. L. V.) Reuter erfährt aus diplomatischer Quelle, daß die Verbündeten fest entschlossen sind, Saloniki nicht zu räumen.

Verständigung der Entente mit Griechenland?

Athen, 13. Dezember. (W. L. V.) Meldung der Agence Havas. Wie aus amtlichen Kreisen verlautet, stößt die endgültige Regelung der zwischen Griechenland und dem Viererband schwebenden Fragen nicht mehr auf ernste Schwierigkeiten. Im Laufe der Zusammenkunft zwischen Schuldis und den Gesandten der Entente am Freitag wurde die Gemeinsamkeit der Auffassungen in den Hauptfragen festgestellt. — General Palis telegraphierte aus Saloniki, daß diese Besprechungen fortschreiten und rasch einer befriedigenden Lösung entgegengehen.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 13. Dezember. (W. L. V.) Amtlicher Bericht von Sonntag nachmittag: Dem vorigen Bericht ist nichts hinzuzufügen.

Paris, 13. Dezember. (W. L. V.) Amtlicher Bericht von Sonntag abend. In Belgien lebhafteste Tätigkeit unserer Schützengrabenanlagen, die an mehreren Punkten die feindlichen Minenwerfer zum Schweigen brachten. Heute vormittag strandete ein englisches Frachtschiff an der belgischen Küste. Drei deutsche Wasserflugzeuge versuchten es durch Bombenwürfe zu versenken. Mehrere Flieger der Alliierten, darunter einer der unserigen, griffen sie an und schlugen sie in die Flucht, während französische Torpedoboote, die aus Dünkirchen gekommen waren, das Schiff unter dem Feuer einer deutschen Batterie wieder flott machten. In der

Champagne, im Abschnitt von Massiges, erwiderten wir das Feuer mit Tränen erregenden Granaten durch ein Verschießungsfeuer auf die feindlichen Schützengräben auf dem Bergkamm von Chausson. Im Abschnitt der Höhe 195 beschossen wir wirksam drei Reihen deutscher Schützengräben sowie den Zugang zu dem Verbindungsgaben. In den Vogesen, wo ein heftiger Schneesturm die Unternehmungen behinderte, Geschützfeuer mit Unterbrechung.

Belgischer Bericht. Starke Artillerietätigkeit an der Front der belgischen Armee. Wir bekämpften erfolgreich die Batterien von Ruyggen, zerstreuten Arbeiter nördlich von Dignauden und beschossen einen vorgehobenen deutschen Posten bei den Rhom.

Die Orientarmee setzt ihre Rückzugsbewegung fort. Unsere Truppen haben sich während der Nacht vom 10. zum 11. d. Mts. ohne Kampf auf die Linie Smolnica-Doiranlee zurückgezogen. Im Laufe des 11. Dezember wurden mehrere bulgarische Angriffe abgeschlagen.

Frenchs Meldung.

London, 12. Dezember. (W. L. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Feldmarschall French meldet: 18 Aeroplane warfen Bomben auf Munitionsdepots in Miromont und auf das Fliegerlager in Rerovish. Beide wurden, wie man glaubt, ernstlich beschädigt. Unsere Artillerie setzte die Beschichtung der feindlichen Linien fort und schloß an vielen Stellen Brechen in die Verschanzungen des Feindes. Unsere Artillerie eröffnete gestern das Feuer auf St. Et. Clov, das heute nachmittags noch brannte. Eine kleine Abteilung von Bombenwerfern drang nachmittags in einen kräftig verteidigten deutschen Laufgraben bei Neuve Chapelle ein, zerstörte ein Maschinengewehr und setzte viele Feinde außer Gefecht. Von den unserigen wurden nur vier Mann verwundet.

Der russische Generalstabsbericht.

Petersburg, 13. Dezember. (W. L. V.) Amtlicher Bericht vom 12. Dezember: Westfront: Keine wesentliche Veränderung. In Galizien, in der Gegend der Strypa, bei den Dörfern Marianka, Jozefowka und Wientawa (18, 20 und 24 Kilometer südwestlich Karpopol) versuchten keine Abteilungen die Offensive zu ergreifen, aber, von beiden Flanken angegriffen, wurde ein Teil getötet, der andere Teil gefangen genommen.

Kaukasusfront: In der Gegend der Schwarzen Meeresküste, südwestlich Chopa, machten die Türken den Versuch, vorzugehen, wurden jedoch mit großen Verlusten daran gehindert. Auf den Wegen nach Hamadan folgten unsere Truppen dem stehenden Feinde und gingen südwestlich des Sultan Wulag ununterbrochen weiter vor.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 13. Dezember. (W. L. V.) Amtlicher Bericht von gestern. In dem rauhen und hochgelegenen Gebiete zwischen Judicarien und dem Concaiale brachten uns fortgesetzte glänzende Angriffsunternehmungen in den Besitz starker Höhen, wodurch unsere Befestigung des Berges von Bezzecca nach Nordwesten hin erweitert und befestigt wird. Ein am 7. Dezember begonnener Angriff wurde mit Mut und Vorsicht entwickelt, weil es nötig war, die starke feindliche Artillerie der Bardargruppe zu bekämpfen und die vielen kleinen Verteidigungsanlagen des Feindes zu entfernen. In der Nacht des 10. Dezember kamen unsere Infanterie- und Gebirgstruppenabteilungen bis auf Schutzweite an die östlichen und westlichen Gipfel des Monte Vies und des Costone di Macelo südwestlich von Rizzolo heran. Am folgenden Morgen stürmte unsere Infanterie nach wirksamer Artillerievorbereitung die feindlichen Stellungen, nahm mit dem Bajonett hintereinanderliegende Schützengräben und schließlich die über ihnen errichteten Schanzwerke. An der übrigen Front ist die Lage unverändert.

Cadorna.

Vom U-Bootskrieg.

London, 13. Dezember. (W. L. V.) Lloyd meldet: Der britische Dampfer „Pinegrove“ (2847 Bruttotonnen) wurde versenkt. 22 Mann der Besatzung wurden gerettet.

Die amerikanische „Ancona“-Note an Oesterreich.

Washington, 12. Dezember. (W. L. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Die Note der Vereinigten an Oesterreich-Ungarn über die Versenkung des Dampfers „Ancona“ hat folgenden Text:

Es liegen verlässliche Informationen von amerikanischen und anderen überlebenden Passagieren der „Ancona“ vor, die zeigen, daß das U-Boot, welches die österreichisch-ungarische Flotte führte, auf den Dampfer scharf schoß und der Dampfer deshalb zu entkommen trachtete. Ferner, daß nach kurzem Zeitraum, ehe noch Besatzung und Passagiere alle imstande waren, die Boote zu besteigen, das U-Boot eine Anzahl von Geschossen auf das Schiff abfiredete und es schließlich torpedierte und versenkte, während noch Passagiere an Bord waren. Durch das Geschützfeuer und den Untergang des Schiffes verloren viele Personen ihr Leben oder wurden ernstlich verletzt, darunter befanden sich Bürger der Vereinigten Staaten. Die Erklärung des österreichisch-ungarischen Marinestabs über den Vorfall bestätigt im großen und ganzen die hauptsächlichsten Erklärungen der überlebenden, da sie angibt, daß die „Ancona“, nachdem sie beschossen worden war, torpediert wurde, während sich noch Personen an Bord befanden. Die österreichisch-ungarische Regierung kennt aus der Korrespondenz zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland die Haltung der Regierung der Vereinigten Staaten bezüglich des Gebrauchs von Unterseebooten zum Angriff auf Handelsschiffe und weiß, daß Deutschland dieser Auffassung Rechnung getragen hat. Trotzdem brachte der Kommandant des Unterseebootes, das die „Ancona“ angriff, die Besatzung und die Passagiere eines Schiffes nicht in Sicherheit, das zu zerstören beabsichtigt war, offenbar, weil man es nicht als Brise in einen Hafen bringen konnte.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hält dafür, daß der Kommandant des U-Bootes die Grundzüge des Völkerrechts und der Menschlichkeit verletzte, indem er die „Ancona“ beschloß und torpedierte, ehe die Personen an Bord in Sicherheit waren oder ihnen genügend Zeit gegeben war, um das Schiff zu verlassen.

Das Vorgehen des Kommandanten kann nur als mutwillige Tötung schutzloser Nichtkämpfer aufgefaßt werden, denn das Schiff leistete, als es beschossen und torpediert wurde, anscheinend keinen Widerstand und versuchte auch nicht zu entkommen, und keine andere Ursache wäre eine genügende Entschuldigung für einen solchen Angriff, selbst nicht das Bestehen der Möglichkeit einer Rettung. Die Regierung der Vereinigten Staaten nimmt deshalb an, daß der Kommandant des U-Bootes entweder gegen seine Instruktionen handelte, oder daß die österreichisch-ungarische Regierung den Kommandanten der U-Boote nicht solche Instruktionen gegeben habe, die mit dem Völkerrecht und den Grundgesetzen der

Menschlichkeit übereinstimmen. Die Regierung der Vereinigten Staaten will nicht lezteres annehmen und der österreichisch-ungarischen Regierung die Absicht zuschieben, hilflose Leben zu vernichten, sie glaubt eher, daß der Kommandant des U-Bootes ohne Auftrag und gegen die Instruktionen, welche er erhielt, handelte. Da die guten gegenseitigen Beziehungen der beiden Länder auf der Beobachtung des Gesetzes und der Menschlichkeit beruhen müssen, kann man von den Vereinigten Staaten nichts anderes erwarten, als daß sie verlangen, daß die kaiserlich-österreichische Regierung die Versenkung der „Ancona“ als eine ungeschickliche unverantwortliche Tat bezeichne, daß der Offizier, welcher sie beging, bestraft und daß der Schadenersatz für die getöteten und verwundeten amerikanischen Bürger durch Zahlung einer Vergütungssumme geleistet werde.

Die Regierung der Vereinigten Staaten erwartet, daß die österreichisch-ungarische Regierung die Schwere des Falles einsehen und allen Wünschen prompt nachkommen wird. Sie glaubt das deshalb, weil sie nicht annimmt, daß die österreichisch-ungarische Regierung eine Handlung gutheißt und verteidigt, die von der Welt als unmeniglich und barbarisch verurteilt wird, allen zivilisierten Völkern schrecklich erscheint und den Tod unschuldiger amerikanischer Bürger verursacht hat.

Washington, 13. Dezember. (W. L. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Wie verlautet, wird die Antwort Oesterreich-Ungarns auf die Ancona-Note in längstens einer Woche erwartet.

Die polnischen Sozialdemokraten Oesterreichs treten in den Polenklub ein.

Krakau, 13. Dezember. (W. L. V.) Die „Nowa Reforma“ meldet, haben die polnisch-sozialdemokratischen Abgeordneten grundsätzlich beschlossen, in den Polenklub des Reichsrats einzutreten. Der Obmann des Polenklubs Bilinski, übernimmt an Stelle Joworkis die Obmannschaft des polnischen Obersten Nationalkomitees.

Abänderung der englischen Zensurvorschriften.

London, 13. Dezember. (W. L. V.) Das Pressebureau teilt eine wichtige Abänderung der Zensurvorschriften mit. Die Zensur des Auswärtigen Amtes wird aufgehoben. Die Verantwortung für die Veröffentlichung von Nachrichten auf dem Gebiet der auswärtigen Angelegenheiten liegt zukünftig bei den Direktoren der Zeitungen und Nachrichtenagenturen.

Vertrauensvotum für das Kabinett Salandra.

Rom, 12. Dezember. (W. L. V.) Meldung der Agenzia Stefani. Die Kammer erörterte die vorläufige Bewilligung der Zwölftel des Staatshaushaltes. Es wurden mehrere Tagesordnungen eingebracht. Salandra erklärte, die außergewöhnlichen Vollmachten der Regierung seien durch die Notwendigkeiten des Krieges beschränkt; sie ermächtigten die Regierung keineswegs zu einer Umänderung der Staatsverwaltung, die im gegenwärtigen Augenblick nicht einmal angezeigt wäre. Salandra dankte dem Schatzminister Carcano für seine Erklärungen und den verschiedenen Rednern für ihre dem Ministerium gewidmeten wohlwollenden Worte. Er erklärte, daß er mehr als alles in der Welt die parlamentarischen Einrichtungen achten werde, und bestritt, jemals durch Wort oder Tat seine Achtung gegen sie verleugnet zu haben. (Beifall) Er könne die Beschränkung der vorläufigen Bewilligungen auf drei Monate nicht annehmen, um nicht dem Abgeordneten Ferri, der sie vorgeschlagen habe, den Schmerz zu bereiten, zugunsten der Regierung zu stimmen. (Beifall) Nach den mit Begeisterung aufgenommenen Erklärungen Salandras beschloß man, die Vorlage über die Staatshaushalts-Zwölftel Punkt für Punkt zu erörtern. Die Kammer nahm in namentlicher Abstimmung mit 391 gegen 40 Stimmen eine Tagesordnung Kava an, die Salandra gebilligt hatte. Sie besagt, daß die Kammer im Vertrauen auf das Ministerium zur Erörterung der einzelnen Punkte des Staatshaushalts übergehe.

Rom, 13. Dezember. (W. L. V.) In seiner Rede in der Kammer erklärte Salandra weiter, der Justizminister habe schon auf die Beschuldigung geantwortet, daß der italienische Staat auf der vatikanischen Front seine Fahnen zusammengefallen habe. Der Ministerpräsident fuhr dann fort, bei seinen pflichtmäßigen Stellen durch das Land habe er die Eintracht der Italiener feststellen können. (Sehr lebhafter Beifall) Das Herz der Nation schlage mit dem Herzen ihres Heeres und ihres Königs zusammen. (Sehr lebhafter Beifall) Aufe: Es lebe der König, es lebe die Königin! Salandra erklärte dann, daß die Ernennung des Ministers Barzilai für Italien hohe Bedeutung habe. (Sehr lebhafter Beifall) Aufe: Es lebe Trieste! Ja, sagte Salandra, das ist der Ruf der italienischen Seele, der Ruf, der von Mailand bis Palermo widerhallt. (Sehr lebhafter Beifall, wiederholte Aufe: Es lebe Trieste!) Der Redner stellte fest, daß der Krieg außerhalb jeder Frage sei, ebenso wie die nationale Eintracht, und erbat an, daß das Ministerium nicht das Vaterland sei; die Minister bergingen, das Vaterland allein sei unsterblich. Pflicht der Kammer sei es, für die befähigste Regierung zu stimmen und diejenigen, die glaubten, daß die gegenwärtige Regierung nicht die beste sei, die Italiener haben könnte, hätten die Pflicht, gegen sie zu stimmen. Um von den ihr übertragenen Vollmachten den besten Gebrauch machen zu können, müßte die Regierung von dem klaren, unzweideutigen und bedingungslosen Vertrauen des Parlaments gestützt sein. (Beifall) Er bitte demnach die Kammer, die Tagesordnung Kava anzunehmen. Wenn die Abstimmung eine Minderung des Vertrauens anzeigen sollte, würden wir mit reinem Herzen und mit ruhigem Gewissen auf unsere Plätze als Deputierte zurückkehren, ergebe Anhänger eines jeden, der den Ruhm haben wird, das heilige Unternehmen zu einem glücklichen Ende zu führen, das durch einen Akt des Glaubens — der im Heere und im Lande nicht lägen gestraft worden ist und nicht lägen gestraft werden wird — begonnen zu haben unser Stolz bleiben wird. (Sehr lebhafter Zustimmung und Beifall, wiederholte Aufe: Es lebe das Meer!) Es folgte dann die bereits gemeldete Abstimmung.

Eine Kriegsrede Bissolatis.

Rom, 13. Dezember. (W. L. V.) Meldung der Agenzia Stefani. Bei Begründung des der Regierung günstigen Votums der Reformsozialisten erklärte Bissolati in der Kammer: Es ist die Pflicht aller derjenigen, die den Krieg wollten, sich um das Ministerium zu scharen, welche das Werkzeug zur Ausführung des Willens des Parlaments ist. (Zustimmung) Wir erfüllen diese Pflicht, höchster Disziplin mit um so ruhigerem Gewissen nach den Erklärungen Sonninos, der den Charakter des italienischen Krieges so erdicht hat. Dieser Krieg kann nicht ein Krieg bloßer nationaler Bestrebungen oder der vereinzelter Verteidigung italienischer Interessen sein. Er ist notgedrungen mit dem ganzen Weltkriege verknüpft. Daher unsere Zustimmung zum Londoner Vertrag, daher unsere brüderlichen Versicherungen für das von dem stärkeren Deutschland geschlagene Serbien. Das alles wird von Italien in dem schwersten Augenblick mit Mut ge-

kräftigt. (Zustimmung.) Deshalb stimmen wir für das Budgetprovisorium als Italiener und Sozialisten mit dem reinen Bewußtsein, daß diese Abstimmung eine neue Befestigung des Vertrauens Italiens zu sich selbst und zu der Gerechtigkeit der von ihm verteidigten Sache, seines Vertrauens in die Tapferkeit seiner Söhne, in seine Geschichte und in seinen unsterblichen Geist. (Beifall.) Bei Begründung des der Regierung günstigen Votums der Republikaner sagte Commandi: Die Republikaner sind von der Unabwendbarkeit des Krieges und von der Notwendigkeit überzeugt, in Europa dem Rechte der Rationalität zum Siege zu verhelfen. Wir stimmen zugunsten des Ministeriums, welches den Krieg gewollt hat und ihn bis zum Siege fortführen muß. In einer Stunde, wo alle italienischen Herzen vom Königspalast bis zur Spitze im Einklang schlagen, wo alle Söhne Italiens heldenhaft zu kämpfen und zu sterben wissen, zögern der Redner und seine politischen Freunde nicht, ihre Stimmen mit denen der großen Regierungsmehrheit zu vereinigen, indem sie dem Ministerium ihr Vertrauen ausdrücken. (Beifall.) Der Gesandte warf aber das Budgetprovisorium wurde mit 318 gegen 56 Stimmen angenommen und die Sitzung aufgehoben.

Gegen die englischen Uebergriffe.

Washington, 18. Dezember. (Hanspruch des Vertreters von W. L. V.) Bei Einbringung seiner Resolution gegen die englischen Uebergriffe hielt Senator Smith eine längere Rede und sagte, Amerika sollte zusammen mit anderen Nationen von England verlangen, daß die Wahrung ihrer Rechte aufhöre. Es könne notwendig sein, England zu verbieten, daß kein Wort und keine Handlung werde unterlassen werden, um diese Rechte durchzusetzen; Amerika sei kein Vasall Englands. Er führte die einzelnen Uebergriffe Englands seit Kriegsausbruch auf und wies gleichzeitig auf die ununterbrochene Freundschaft zwischen Amerika und Deutschland hin.

Yuanshikai nimmt die Kaiserwürde an.

New York, 12. Dezember. (W. L. V.) Neutermeldung. Ein Telegramm aus Peking meldet, daß der Staatsrat nach der Abstimmung über die Frage eines Regierungswechsels an Yuanshikai das Ersuchen richtete, den Thron zu besteigen. Yuanshikai weigerte sich zunächst; als er aber zum zweiten Male ersucht wurde, nahm er das an ihn gerichtete Ersuchen mit dem Vorbehalte an, daß er Präsident bleibe, bis ein günstiger Zeitpunkt für die Krönung gekommen sei.

Peking, 12. Dezember. (W. L. V.) Yuanshikai hat der Thron unter der Bedingung angenommen, daß die Regierungsform bis zum nächsten Frühjahr unverändert bleibe.

Politische Uebersicht.

Aus der sozialdemokratischen Fraktion.

Die Fraktion hat in ihrer gestrigen Sitzung mit 60 gegen 31 Stimmen beschlossen, bei der ersten Lesung der Kreditvorlage wie in den früheren Fällen die Vorlage ohne Debatte der Budgetkommission überweisen zu lassen. Eine Abstimmung über eine Gesetzesvorlage ist im Reichstage bei der ersten Lesung unzulässig. Zu der Kreditvorlage selbst wird die Fraktion erst in einer späteren Sitzung Stellung nehmen.

„Spaltung der Sozialdemokratie“.

Unter diesem beträchtlich nach Sensation schmeckenden Titel schreibt die „Vossische Zeitung“:

„Eine Spaltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wird von der tabulierten „Leipziger Volkszeitung“ angekündigt.“

Am Donnerstag hat der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Haase bei der Besprechung der Friedensinterpellation nach den Reden seines Fraktionskollegen Scheidemann, des Reichsanzalters v. Bethmann Hollweg und des Sprechers der bürgerlichen Parteien Spahn in der Geschäftsordnungsdebatte erklärt: Ich erkläre für meine Person, daß ich die Gemeinschaft mit den Anschauungen, die hier zum Ausdruck gekommen sind, mit aller Entschiedenheit ablehne.“ Am folgenden Morgen berichtete der „Vorwärts“, daß „bisher“ 31 sozialdemokratische Abgeordnete eine Erklärung unterschrieben hätten, deren Inhalt auf dem Boden der Ausführungen Haases stünde. Nach der „Leipziger Volkszeitung“ sind es inzwischen 34 geworden“, die diese Erklärung unterschrieben haben. Das sozialdemokratische Leipziger Blatt knüpft an diese Mitteilung folgende Bemerkung:

„Wir hoffen, daß diese Erklärung der erste Schritt zum selbständigen Auftreten der Minderheit im Reichstage sein wird. Sie hat jetzt lange genug, wenn nicht schon zu lange damit gewartet. Die Rede Landsbergs muß unseres Erachtens das Maß endlich zum Ueberlaufen bringen, sie muß wie eine gewollte Herausforderung der Minderheit an die weiteren Reichstagsverhandlungen werden. Gelegenheit für die notwendige Aktion der Minderheit geben — wenn nicht eher, dann bei der Abstimmung über den neuen Milliardenkredit.“

Die „Leipz. Volksztg.“ bedauert, die Erklärung der sozialdemokratischen Minderheit nicht im Wortlaut veröffentlicht zu können. Sie veröffentlicht aber die Namen der Unterzeichner, nicht 34, sondern 33:

Albrecht, Antel, Baudert, Bernstein, Volz, Brandes, Wäcker, Dr. Oscar Cohn, Dittmann, Emmel, Ewald, Fuchs, Geher, Haase, Dr. Herzfeld, Henke, Hoch, Hofrichter, Horn (Sachsen), Jügel, Kunert, Ledebour, Dr. Liebmacht, Raute, Reichhaus, Rühle, Schwarz (Sachsen), Simon, Stadthagen, Stolle, Vogtherr, Wurm, Zubeil.

Das sind im wesentlichen dieselben Reichstagsabgeordneten, die am 21. März vor der Abstimmung über den Reichshaushalt und am 20. August vor der Abstimmung über die dritte Kriegskreditvorlage den Sitzungssaal des Reichstages verlassen haben. Es bleibt abzuwarten, ob nimmermehr den Worten der „Leipz. Volkszeitung“ eine Tat folgen wird.“

So weit die „Vossische Ztg.“

Die „Kreuz-Zeitung“ gibt den Inhalt der Auffassungen der „Leipziger Volkszeitung“ gleichfalls wieder. Sie knüpft dann die folgende Bemerkung daran:

„Wenn, wie es hiernach scheint, die Behandlung der Friedensfrage durch die Mehrheit der Partei wirklich zu einer Spaltung führen sollte, so braucht die Mehrheit sich in ihrem Parteigewissen nicht beunruhigt zu fühlen. Im Gegenteil! Die Wirkung, die die Friedensdebatte im feindlichen Ausland hervorgerufen hat, gibt den Beweis dafür, daß sie der Minderheit schon viel zu weit entgegengekommen ist. Durchaus ist man die englische Presse, so ergibt sich, daß alle deutsche Friedensbereitschaft dort auf lächerliche Abneigung stößt. Von Frieden kann erst dann die Rede sein, wenn ihr unseren Frieden annehmen.“ Selbst ein Fachblatt, wie der „Economist“, das auf Grund seiner besonderen Studien die vernichtende Wirkung des Krieges auf Englands Volkswirtschaft und Finanzen besser zu beurteilen vermag als die Tagespresse, will die Rede des

Kanzlers nicht als eine Friedensrede anerkennen, weil sie kein Wort über die Räumung der belgischen und französischen Gebiete enthalten habe.“

Wegen einer „Spaltung“ der Partei brauchte sich die „Kreuzzeitung“ auch dann keine Gedanken zu machen, wenn der Wunsch unseres Leipziger Bruderblattes in Erfüllung ginge. Denn zu einer Parteisplaltung gehört mehr als ein zeitweiliges Auseinandergehen einer Parlamentsfraktion, nämlich die Trennung der Massen als Parteigenossen, die in Wirklichkeit erst die Partei bilden. Uebrigens dürfte auch die sozialdemokratische Fraktionsmehrheit ihr Gewissen noch keineswegs dann für beruhigt halten, wenn das führende konservative Organ sie aller Verantwortung ledig spricht.

Die Leg Schiffer.

Nachdem das Gesetz vom 11. Dezember 1915 zugelassen hat, daß Zuwiderhandlungen gegen Paragraph 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 bei Annahme mildernder Umstände mit 4 St. oder mit Geldstrafe geahndet werden, hat der Justizminister die preussischen Strafvollstreckungsbehörden angewiesen, daß sie sofort sämtliche noch nicht durch Strafvollstreckung erledigten Urteile wegen derartiger Zuwiderhandlungen darauf prüfen, ob es der Billigkeit entspricht, S. n. a. d. e. r. w. e. i. s. e. zugunsten der Verurteilten von amtswegen zu befürworten. Die Befürwortung soll stets für geboten erachtet werden, wenn anzunehmen ist, daß das Gericht nicht auf Gefängnisstrafe erkannt haben würde, falls das neue Gesetz schon zur Zeit der Aburteilung gegolten hätte.

Einseitiger Veröhnungswille.

Unter den „hervorragenden“ Persönlichkeiten, die aufmerksame Journalisten bei der Gründungsversammlung der Deutschen Gesellschaft von 1914 bemerkt haben, befand sich merkwürdigerweise außer dem Grafen Reventlow niemand aus den Reihen der konservativen Politiker und Publizisten. Daß das kein Zufall war, geht jetzt auch aus den kritischen Bemerkungen hervor, mit denen die „Alldeutschen Blätter“ den für die Veröhnung des Burgfriedens bestimmten Klub bedenken. Sie finden zunächst, daß sich manches über das sonderbare Spiegelbild sagen lasse, das der „Geist des Säbengrabens“ gerade in den Brunnen des Klubhauses abgeben müsse, und sie fühlen sich im Anschluß an die Begrüßungsrede des Generalobersten v. Nolcke versucht, eine Unterjochung darüber anzustellen, wie viele der Erschienenen nach Abstammung, Glauben, politischer Auffassung und Geschäftstätigkeit fähig oder bereit seien, sich im Sinne Lagardes vom Geiste gemeinsamer Not durchtränken und leiten zu lassen. Jedoch sie beschränken sich schließlich darauf, nur die eine Frage aufzuwerfen, ob wirklich jemand der an der Gründung Beteiligten glaube, im Wege der Klubgefelligkeit die innere Einigung des Volkes schaffen zu können.

„Die Frage stellen, heißt sie bereits verneinen, und ebenso wenig wie die Gründung des Reiches durch Schöpfung auch nur einen Schritt näher gerückt worden ist, ebensowenig wird die „Deutsche Gesellschaft 1914“ dazu beitragen, das einigende Volk entstehen zu lassen.“

Auf der Rechten denkt man also über Sinn und Zweck des Klubs sehr viel skeptischer als über Sinn und Zweck andere Sozialdemokraten, und das beweist aufs neue, daß jeder Versuch, durch gefälligen Verkehr die Gegensätze zu überbrücken, nicht nur von vornherein zum Scheitern verurteilt ist, sondern zum Nachteil derer ausschlagen muß, die sich in dem Wahn, sie könnten auf solchem Wege den Zielen der Arbeiterchaft näherkommen, für die Veröhnungsgesellschaft haben einfangen lassen.

Bedenken.

Auf der Tagung des Bayerischen Industriellenverbandes äußerte nach der „Post“ der Geschäftsführer Dr. Kulo u. a. eingehend die zukünftige Finanzlage des Reiches und der Bundesstaaten und zeigte sich hierbei pessimistisch. Noch sei kein Weg zu sehen, wo die enormen Lasten der Verzinsung und Amortisation der Kriegsanleihen, der Witwen, Waisen und Invalidenversorgung, der Erneuerung unserer Rüstung aufgebracht werden könnten; ob die Feinde eine so hohe Kriegsschädigung zahlen könnten, sei doch mindestens zweifelhaft.

Daß die Industriellen selbst nicht allzuviel von den Lasten übernehmen wollen, ging aus weiteren Bemerkungen Kulos über die Kriegsgewinnsteuer hervor. Die Kriegsgewinnsteuer entspreche nur dem allgemeinen Volksempfinden, wenn zu große Härten, insbesondere bei Vermögenszuwachs, der nachweislich nichts mit dem Krieg zu tun habe, vermieden würden und Vorsorge getroffen werde, daß diejenigen, die hauptsächlich getroffen werden sollen, sich nicht vorzeitig der Steuer entziehen können.

Aus den Debatten mag hervorgehoben werden, daß der Syndikus Dr. Böhm an Hand statistischen Materials die Frage der deutsch-österreichisch-ungarischen Annäherung beleuchtete. Er gab dabei der Ansicht Ausdruck, daß die Baumwollindustrie Deutschlands dem Problem durchaus nicht mit so großer Begeisterung gegenüberstehe, sondern erhebliche Bedenken geltend machen müsse.

Die Steuerfrage in Mecklenburg.

Beide Mecklenburger haben einen gemeinsamen Landtag. Von diesem, der von Gutsherrn und von Magistratsherren gebildet wird, forberte nun die Strelitzer Regierung die Bewilligung der dortigen Landessteuer in der Höhe vom Vorjahre, nämlich 100 Proz. Der Strelitzer Teil des Landtages lehnte jedoch diese Vorlage ab, nahm vielmehr eine Herabsetzung des Steuerfußes vor, indem er nur 80 Proz. bewilligte. — So für Strelitz!

Für Schwerin aber war es ganz anders! Die Schweriner Regierung forberte nicht nur den vorjährigen Steuerfuß, sondern verlangte statt der 100 Proz. gleich 125. Und hier strich nun der Schweriner Teil des Ständetages nicht, sondern bewilligte glatt die anscheinliche Dinaufschraubung des Steuerfußes. Ja, einige Deute des Ständetages wollten noch über das Verlangen der Schweriner Regierung hinausgehen und gar 150 Proz. bewilligen. Also: In Mecklenburg-Strelitz Steuerermäßigung, in Mecklenburg-Schwerin aber Steuererhöhung!

Verein der Schutzleute von Groß-Berlin.

Am Montag fand die erste Versammlung des schon vor zwei Jahren ins Leben gerufenen Verbandes der Groß-Berliner Schutzleute statt, der aber damals nicht die behördliche Genehmigung erhalten hatte. Die Begründer, die Schutzleute Fuhrmann und Höhn, wurden vielmehr nach Jäzbe (Hindenburg) und Königsberg i. Pr. verlegt. Schutzmann Ernst Schradler eröffnete die Versammlung. Dann wurde festgestellt, daß 55 Delegierte von 13 Polizeihauptmannschaften und außerdem eine Abordnung berittener und eine Abordnung von Kriminalschutzleuten anwesend war. Ohne jede

Erörterung wurden die Satzungen genehmigt. Diese besagen u. a.: Der von dem königlichen Polizeipräsidenten zu Berlin anerkannte Verein führt den Namen „Kameradschaftlicher Verein der königlichen Schutzleute Groß-Berlins“. Sitz des Vereins ist Berlin-Charlottenburg. Die n. l. i. c. h. e., politische und religiöse Angelegenheiten dürfen in den Vereinsitzungen und sonstigen Veranstaltungen des Vereins nicht erörtert werden.

Das tägliche Brot.

Die Butterhöchstpreise.

Die Frage, ob der Butterhersteller (die Kollerei) bei unmittelbarer Lieferung an den Kleinhändler oder Verbraucher Zuschläge verlangen darf, ist verschieden zu beantworten, je nachdem am Orte der gewerblichen Niederlassung des Herstellers Kleinhandelshöchstpreise bestehen oder nicht.

Im ersten Falle darf der Butterhersteller bei der Lieferung im Großhandel — also bei Lieferung unmittelbar an den Kleinhändler oder bei Lieferung von mehr als 5 Kilogramm Butter unmittelbar an den Verbraucher — bis zu 4 M. oder bei Auspackung bis auf weiteres 8 M. Zuschlag verlangen; bei der Lieferung im Kleinhandel — also bei der Lieferung von 5 Kilogramm und weniger — unmittelbar an den Verbraucher bis zu 15 M. Das entspricht der Billigkeit; denn wenn der Hersteller die Aufwendungen, Arbeiten und Verlustgefahren übernimmt, die sonst handelsüblich nicht ihm, sondern dem Handel obliegen, so kommt ihm dafür auch ein Ausgleich zu.

Im zweiten Falle, wenn also am Orte der gewerblichen Niederlassung des Herstellers Kleinhandelshöchstpreise nicht festgesetzt sind, ist er beim Verkauf unmittelbar an den Kleinhändler oder Verbraucher in der Preisberechnung nicht gebunden. Die von ihm geforderten Preise unterliegen aber dann der Nachprüfung nach den Grundätzen der Bekämpfung gegen übermäßige Preissteigerung vom 23. Juli 1915 (Reichs-Gesetzl. S. 467) und zur Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel vom 23. September 1915 (Reichs-Gesetzl. S. 608). Da diese Nachprüfung von den bestehenden Höchstpreisen und Zuschlägen als angemessene Forderungen ausgeht, wird der Butterhersteller in der Regel auch in diesem zweiten Falle sich an die für den ersten Fall bezeichneten Grenzen halten müssen.

Die Verpackungskosten fallen beim Postpaketversand dem Versender, die Postfrachtkosten dem Empfänger zur Last.

Störungen im Gemüsehandel.

Der Gemüsehandel, besonders der Großhandel, ist über die Festsetzung der Höchstpreise sehr unzufrieden und behauptet, daß zu den Preisen vom Ausland kein Gemüse einzuführen ist. Auch im Inland ist kein Gemüse zu erlangen, da dem Produzenten der Preis auch nicht genügt. Der Kriegsausbruch für Konsumenteninteressen macht demgegenüber geltend, daß im Dezember 1914, also zu einer Zeit, wo nicht normale Marktverhältnisse vorhanden waren, die Berliner Konsumentenvereine nach den statistischen Tabellen des Landwirtschaftsministeriums Weißkohl das Pfund mit 4 Pf. und Rotkohl mit 6 Pf. verkauften. Der Bundesrat hat die Höchstpreise für Weißkohl auf 5 Pf., für Rotkohl auf 7 Pf. festgesetzt, so daß von einer zu geringen Bemessung nicht geredet werden kann. Was die Produzentenpreise anbelangt, so ergibt sich folgendes:

Marktpreise im Dezember 1914 pro Zentner	Produzentenpreis vom Großhandelspreis:	Die Bundesratsverordnung setzt folgende Produzentenpreise fest:
Weißkohl . . . 2,80 M.	1,80 M.	2,50 M.
Rotkohl . . . 4. —	3. —	4,50
Wirsingkohl . 4,30	3,30	4,50
Kohlräben . . 4,25	3,25	2,50
Kohlräben . . 2,75	1,75	5. —

Damit dürfte wohl der Beweis geliefert sein, daß auch die Preise für den Gemüsebau nicht zu niedrig festgelegt sind. Für Kohlräben stehen die Preise sehr niedrig, weil wir hier eine vorzügliche Ernte hatten.

Was die Einfuhr von Gemüse anbelangt, so hatten wir 1913, also unter normalen Verhältnissen, eine Einfuhr von 41 145 Tonnen Weißkohl, dem eine Ausfuhr von 246 161 Tonnen gegenübersteht. Da diese Ausfuhr in diesem Jahre nicht stattgefunden hat, respektive nicht in dem Umfang, so läßt sich für den Inlandkonsum ein Gewinn von rund 200 000 Tonnen annehmen. Bei Rot- und Wirsingkohl übersteigt die Einfuhr die Ausfuhr. Wir erhielten 205 741 Tonnen in der Einfuhr und gaben 20 689 in der Ausfuhr hinaus. Wird uns jetzt die Einfuhr durch einen angeblich zu niederen Preis unterbunden, so wird es gut sein, hier allein nicht das Urteil des Großhandels als maßgebend zu erachten. Es wird notwendig sein, daß die Stadtverwaltungen selbst den Ankauf im Ausland vornehmen. Die Nichtstimmung des Großhandels gegen die Höchstpreise ist so groß, daß die Verteilung der Geschäftsfrage durch ihn leicht irreführen kann. Verlagt der Handel, so muß die Gemeindeverwaltung eintreten, denn es darf nicht die Festsetzung mäßiger Höchstpreise durch den Unwillen des Handels in Frage gestellt werden.

Kartoffelbeschlagnahme in Sachsen.

Amtlich wird in Dresden bekanntgegeben, daß den zuständigen Behörden das Recht erteilt worden ist, im Bedarfsfalle die Enteignung der gesamten Kartoffelernte eines lieferungspflichtigen Kartoffelbesizers zu verfügen mit der Maßgabe, daß ihm Vorräte für den eigenen Bedarf und zur Einhaltung bereits abgeschlossener Verträge belassen werden.

Hohe Butterpreise mit deutschem Groß.

Zu unserer Notiz vom 28. Oktober 1915 teilt uns Herr Bruno Anselmann mit, daß die auf eine Anzeige hin unternommene polizeiliche Untersuchung ergeben habe, daß die Butter mit einem Rohnutzen von nur 4 Proz. zum Verkauf gekommen sei.

Letzte Nachrichten.

Der „gewollte“ Rückzug der englisch-französischen Vorkämpfer.

Paris, 13. Dezember. (W. L. V.) Nach dem Bericht des Sonderberichterstatters des „Petit Parisien“ aus Saloniki haben die Franzosen den Rückzug von Gradis geräumt, die Engländer seien dieser Bewegung gefolgt. Man dürfe in diesem Rückzuge keine Bewegung sehen, die unter dem Druck einer unmittelbaren Gefahr geschahen sei. Er sei vielmehr gewollt und planmäßig vorbereitet und bewundernswürdig unter ganz geringen Verlusten an Mannschaften und Material ausgeführt worden. Die Lage sei allerdings nicht einfach, aber keineswegs verzweifelt.

Serbische Flüchtlinge in Saloniki.

Paris, 13. Dezember. (W. L. V.) „Petit Journal“ schildert den riesigen Zustrom der serbischen Flüchtlinge nach Saloniki. Diese erzählen, soweit sie aus Albanien kamen, daß der Rückzug der Trümmer des serbischen Heeres unter besonders schwierigen Verhältnissen sich vollziehe. Die Straßen seien völlig unpassierbar. In den verschneiten Gegenden wüteten Schneestürme. Der Verpflegungsdienst vollziehe sich nur unter allergrößten Schwierigkeiten.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Keine Kündigung des Steinarbeiterarbeitsvertrages.

Eine Versammlung der Steinarbeiter nahm am Sonntag Stellung zur Frage der Kündigung des Arbeitsvertrages, der bis zum 31. März 1916 läuft. Einem Antrage des Vorstandes entsprechend beschloß die Versammlung, mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Verhältnisse den Tarif nicht zu kündigen. Derselbe gilt demnach auf ein weiteres Jahr. Es wurde darauf hingewiesen, daß der Tarif Mindestlöhne, aber keine Höchstlöhne festsetzt; es also jedem Kollegen freisteht, von seinem Arbeitgeber eine Teuerungszulage zu fordern. Weder die Forderung noch die Gewährung von Teuerungszulagen kann als Verstoß gegen den Tarif angesehen werden. Das ist schon dadurch festgestellt, daß einzelne Unternehmer die von ihren Arbeitern geforderten Teuerungszulagen gewährt haben.

Die Leitung des Zentralverbandes der Steinarbeiter hat beschloßen, den im Kriegsdienst stehenden sowie den arbeitslosen Mitgliedern eine Weihnachtsgewinnunterstützung nach folgender Maßgabe zu gewähren:

Alle zum Kriegsdienst eingezogenen Mitglieder erhalten eine einmalige Unterstützung; die Verheirateten 8 M. und die Ledigen 5 M. Bedingung ist, daß die zum Kriegsdienst eingezogenen vor ihrer Einziehung ein Jahr organisiert und 52 Beiträge geleistet haben. Es scheiden also auch diese Kollegen von der Unterstützung aus, die schon Unterstützung am 1. Oktober resp. am 19. Dezember 1914 erhalten haben, wenn sie noch keine 52 Beiträge geleistet haben. Diejenigen, die ihre Militärdienstzeit aktiv dienen, erhalten keine Unterstützung. Ebenfalls keine Unterstützung, welche als gefallen gemeldet sind. Als aktiv gelten alle, welche bis zum 22. Lebensjahr eingezogen sind, auch wenn sie 1914 und 1915 vom Militär entlassen sind.

Arbeitslose Mitglieder, welche seit dem 1. Dezember 1914 organisiert sind und 52 Beiträge geleistet haben, erhalten, wenn sie in der Zeit vom 1. bis 18. Dezember zwei Wochen arbeitslos waren, ebenfalls eine einmalige Unterstützung; die Verheirateten 8 M., die Ledigen 5 M.

Wer über 8 Wochen mit seinen Beiträgen rückständig ist, scheidet von jeder Unterstützung aus. Die übrigen rückständigen Beiträge sind von der Unterstützung abzuziehen.

Für die Mitglieder der Filiale Berlin findet die Auszahlung der Unterstützung am Sonntag, den 19. Dezember, im Gewerkschaftshause statt.

Die Einzelzahler wollen die Adressen ihrer Familien dem Vorstandsvorstand angeben, damit ihnen die Unterstützung übermittelt werden kann.

Die am Sonntag abgehaltene Mitgliederversammlung der Filiale Berlin beschloß, den Empfängern der vorstehenden, auf Rechnung der Zentralfiliale zu leistenden Unterstützung für jedes Kind einen Zuschlag von 2 M. aus lokalen Mitteln zu gewähren.

Die Werkzeugmacher beschäftigten sich am Sonntag mit ihren Berufsangelegenheiten. Wie in allen Branchen sind auch im Schleiferberuf nunmehr Frauen als Schleiferinnen eingestellt worden. Da die Löhne der Schleifer ohnedies nicht die besten sind, so liegt die Gefahr vor, daß die Frauenarbeit dieselben noch mehr herabzudrücken könnte. Dem muß vorgebeugt werden. Für gleiche Arbeit gleiche Bezahlung; dieser Grundsatz gilt hier mehr denn je. Eine angemessene Entlohnung ist um so dringender geboten, als die Arbeit eine schwere und gesundheitsgefährdende ist. Es entwickelt sich bei dieser Tätigkeit ein gefährlicher Metallstaub, der sich auf die Lungen legt, und die Ventilation und Entstaubungsanlagen sind noch lange nicht in wünschenswerter Weise ausgebaut. Ferner ist gute Entlohnung auch darum nötig, weil bei dieser anstrengenden und gesundheitlich angreifenden Arbeit eine ausreichende Ernährung die erste Vorbedingung ist. Mit dünnen Getränken wie Tee und Kaffee, die zudem sehr oft nicht einmal den bescheidensten Ansprüchen genügen, und Schrippen ist es dabei nicht getan. Ein angemessener Lohn kann angesichts der jetzigen Teuerung als berechtigt angesehen werden. Verbrauchbare Kräfte sind zurzeit überdies sehr gesucht; wer arbeiten kann, kann deshalb auch eine auskömmliche Entlohnung beanspruchen.

Es wurde auch gefordert, daß bei Schwarzkopff in der Werkzeugmacherzunft die gesetzlich vorgeschriebene Entstaubungsanlage vollständig fehle. In dem Betriebe der U. G. G., Voltastraße und Ober-

Schmiede, werden, wie mitgeteilt wurde, die niedrigsten Löhne gezahlt.

Deutsches Reich.

Staatsarbeiterrecht.

Der Verband deutscher Eisenbahnarbeiter und -arbeiter (Eisenbahnarbeiterverband) hat im Oktober d. J. das Reichsamt des Innern in einer Eingabe gebeten, die vom Reichstag beschlossene Denkschrift zur Frage des Staatsarbeiterrechts auch jetzt vorliegen zu lassen. Darauf ist dem Verband jetzt folgende Antwort zuteil geworden:

„Die Vorarbeiten zu der von mir in der Reichstags-Sitzung vom 29. Januar 1914 in Aussicht gestellten Denkschrift über die Verhältnisse der Arbeiter in den Betrieben des Reiches und der Bundesstaaten in rechtlicher und tatsächlicher Beziehung waren vor Ausbruch des Krieges im Gange. Durch den Krieg ist diese Arbeit unterbrochen worden. Bei der Ueberlastung der Reichsverwaltung mit gegenwärtig dringlicheren Aufgaben und in Anbetracht anderer Schwierigkeiten, mit denen die Geschäftsführung der beteiligten Behörden infolge Fehlens vieler Beamten zu kämpfen hat, vermag ich auch zurzeit nicht zu übersehen, wann die Fertigstellung der Denkschrift möglich sein wird.“

Der Verband würde den Interessen der Arbeiter in Staatsbetrieben bessere Dienste leisten, wenn er, wie andere Arbeiterorganisationen, für die Staatsarbeiter das Koalitionsrecht fordern würde. Der Leitung dieses Verbandes ist es aber, wie sich immer deutlicher erkennen läßt, darum zu tun, die Arbeiter in den Staatsbetrieben von jeder Gemeinschaft mit der übrigen Arbeiterkategorie zu isolieren. Deshalb paßt es ihr auch ganz und gar nicht in den Kram, daß die Eisenbahnverwaltungen den freien Gewerkschaften nicht mehr strikte ablehnend gegenüberstehen. Sie bedauert es, feststellen zu müssen, daß man ganz außerordentlichen Personen aus rein parteipolitischen und daher nicht gerade sehr sachlichen Gründen ganz anderes Entgegenkommen erweist. Nun, mag die Verbandsleitung dies bedauern; die Eisenbahner werden um so besser erkennen, wo sie sich zu organisieren haben.

Generalversammlung des Malerverbandes.

Die ordentliche Generalversammlung des Malerverbandes mußte statutenmäßig im Frühjahr des Jahres 1915 stattfinden. Der Kriegszustand bestimmte Vorstand und Beirat aber, die Versammlung auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Da vorläufig noch nicht mit dem Abschluß der jetzigen außergewöhnlichen Verhältnisse zu rechnen ist, der Vorstand des Malerverbandes aber Wert darauf legt, über seine seit nahezu drei Jahren entfaltete vielseitige Tätigkeit und seine teils sehr einschneidenden Maßnahmen vor der obersten Instanz des Verbandes Rechenschaft zu geben, ordnet derselbe auf Grund des § 7 Absatz d des Statuts mit Zustimmung des Verbandsbeirates die Wahlen der Delegierten für eine im Frühjahr 1916 geplante Generalversammlung an. — Tagesordnung, Ort und Zeit dafür werden später bekanntgegeben.

Die Generalversammlung wird vor allem den Rechenschaftsbericht des Vorstandes entgegenzunehmen, allgemeine Anregung für sein ferneres Wirken während des Kriegszustandes zu geben und vielleicht auch über das Ergebnis der demnächst wegen des Ablaufes des Reichsarbeitsvertrages notwendig werdenden Verhandlungen und über eine Reihe geschäftlicher Angelegenheiten zu beraten haben. — Eine weitere Ausgestaltung oder selbst auch geringfügige Änderungen am Statut sollen der Generalversammlung überlassen bleiben, die bald nach Friedensschluß, wenn wieder einigermassen normale Verhältnisse eingetreten sind, unter allen Umständen stattfinden muß.

Aus Industrie und Handel.

Freigabe von Baumwollgarn.

(Amtlich.) Um die inländischen Spinnereien, die nicht Baumwollspinnereien sind, mit den erforderlichen Baumwollenen Spinnelidnären und Seltfaktorleiten zu versorgen, hat die Kriegsrohstoff-Abteilung in Aussicht genommen, den Spinnelidnärenfabrikanten eine gewisse Menge Baumwollgarn freizugeben.

Die Spinnelidnärenfabrikanten sind daher durch amtliche Bekanntmachung im „Reichs- und Staatsanzeiger“ aufgefordert worden, der Kriegsrohstoff-Abteilung Sektion W II, Berl. Hedemannstr. 10, bis zum 20. Dezember folgende Angaben zu machen, die der Kriegsrohstoff-Abteilung die Berechnung der freizugebenden Garnmenge ermöglichen sollen:

1. Wieviel Kilogramm Baumwollene Spinnelidnären und Seltfaktorleiten sind an deutsche Spinnereien, die nicht Baumwollspinnereien sind, abgesetzt worden
 - a) in der Zeit vom 1. 7. 1913 bis 30. 6. 1914,
 - b) in der Zeit vom 1. 1. 1915 bis 30. 6. 1915,
 - c) in der Zeit vom 1. 7. 1915 bis 30. Sept. 1915?
2. Welche Baumwollgarnnummern sind zur Fabrikation von Spinnelidnären und Seltfaktorleiten verwendet worden (in welchem Mengenverhältnis) in den unter 1) genannten Zeiträumen?
3. Wieviel Kilogramm Spinnelidnären waren bei den einzelnen Firmen am 1. Dezember 1915 vorrätig?
4. Wieviel Kilogramm Baumwollgarn, das zur Spinnelidnärenfabrikation bestimmt ist und zwar
 - a) dem Herstellungsverbot unterliegendes,
 - b) zur beliebigen Verwendung freies Garn war am 1. Dezember 1915 vorrätig?

Betriebsstillstand einer Weberei. Die Mechanische Weberei Sorau vorm. J. A. Martin u. Co. bleibt für das Geschäftsjahr 1914/15 wie in den beiden Vorjahren dividendenlos. Der Warenbruttoüberschuß beläuft sich auf 307 781 M. (im Vorjahre 199 585 M.). Demgegenüber erforderlichen Handlungsunkosten 126 508 M. (168 678 M.). Die Martinwerke (Kohlengrube) schließen mit einem Verlust von 4284 M. (i. V. 19 808 M. Gewinn). Es verbleibt ein Bruttogewinn von 176 991 M. (i. V. 55 805 M.)

Die Gesellschaft wird, wie im Geschäftsbericht ausgeführt wird, in die Notwendigkeit verlegt, ihren Betrieb in kurzer Zeit schließen zu müssen. Ein Erträgnis für das laufende Geschäftsjahr ist hiernach nicht zu erwarten. Mit Rücksicht darauf hat der Aufsichtsrat beschloßen, den Vortrag des im abgelaufenen Jahr erzielten Gewinnes auf neue Rechnung zu beantragen.

Kriegsgewinne.

Die Schwarzwälder Grohndustrie zu Furtwangen in Baden, die Aktiengesellschaft der Badischen Uhrenfabrik, welche im vorigen Betriebsjahre ihre Dividende ganz einstellte, verteilt jetzt 7 Proz. aus einem Reingewinn, der den letztjährigen um 189 000 M. übertrifft. Außer der Dividende wurden Abstreibungen von fast dreifachem Betrage gegen das Vorjahr gemacht. Die Arbeitslöhne sind gering.

Berichtszeitung.

Auf der Jagd nach einem entlaufenen Dienstmädchen.

Der praktische Arzt Dr. Deder in Niederlöhnitz mußte seinen Eifer, ein von ihm fortgezogenes Dienstmädchen zurückbringen zu lassen, mit 600 M. Strafe büßen.

Wegen Beleidigung in drei Fällen hat das Landgericht Dresden am 2. September den prakt. Arzt Dr. med. Gustav Deder zu einer Gesamtstrafe von 600 M. Geldstrafe verurteilt.

Der Angeklagte ist Besitzer einer Kuranstalt in Niederlöhnitz bei Dresden. Am 1. April d. J. hatte sein Dienstmädchen eigenmächtig den Dienst verlassen; es wurde aber durch die Ortspolizeibehörde, an die sich der Angeklagte gewandt hatte, am 14. Mai zwangsweise zurückgeführt, und der Angeklagte schloß das Mädchen zunächst ein, damit es nicht wieder entlaufen könne. Doch noch an demselben Tage verließ das Dienstmädchen zum zweitenmal heimlich seine Stellung. Der Angeklagte stellte sofort bei der Polizeibehörde wieder um den Antrag auf Zurückführung des Mädchens. Doch erhielt er diesmal von dem Gemeindevorsteher H. einen abschlägigen Bescheid dahin, daß die erneut beantragte Zurückführung des Mädchens vorläufig ausgesetzt und die Sache der Staatsanwaltschaft übergeben werde. Dies gab dem Angeklagten Veranlassung, in einem geharnischten Schreiben den Gemeindevorsteher zu beleidigen. Wegen des Strafurteils legte er Revision ein und verzicht diese persönlich vor dem Reichsgericht. Dies verwarf indes seine Berufung.

Steuerhinterziehung.

Der Telegraph Max Weber, Fichtestr. 25, ersucht um Feststellung, daß er mit dem vom Gericht wegen Steuerhinterziehung verurteilten Buchhalter Max Weber (vergl. Bericht in Nr. 802 unserer Zeitung) nicht identisch ist.

Deutsches Theater.
Direktion: Max Reinhardt.
7 1/2 Uhr: **Maria Stuart.**
Mittwoch: **Maria Stuart.**
Kammerspiele.
8 Uhr: **Der Weibsteufel.**
Mittwoch: **Der Weibsteufel.**
Volksbühne. Theater a. Bülowpl.
8 1/2 Uhr: **Traumulus.**
Mittwoch: **Wallensteins Tod.**

Dir. Meinhard-Bernauer.
Theater i. d. Königsgräberstr.
7 1/2 Uhr: **Maria Stuart.**
Komödienhaus.
8 Uhr a. 25. M.: Die rätselhafte Frau.
Berliner Theat.
8 Uhr: Wenn zwei Hochzeit machen.

Theater für Dienstag, 14. Dezember.

Deutsches Opernhaus Charlottbg.
8 Uhr: **Der Wildschütz.**
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
8 Uhr: **Der Adele Bauer.**
Geb. Herrfeld. Theater
8 Uhr: **Rosenblatt's Geheimtip**
Kleines Theater.
8 Uhr: **Henriette Jacoby.**
Komische Oper.
8 Uhr: **Jung muß man sein**
3 1/2 Uhr: **Der tapfere Ulan.**
Metropol-Theater
8 Uhr: **Die Kaiserin** (Maria Theresia).
Montis Operetten-Theater
Gastspiel Louis Treumann.
8 Uhr: **Der Weltenbummler**

Berliner Konzerthaus.
Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.
Täglich: Großes Konzert.
Berliner Konzerthaus-Orchester Leiter: Komponist Franz v. Blon.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen
Nachmittags-Konzert bei vollem Orchester und freiem Eintritt.
Verantw. Redakt.: Alfred Dieckhoff, Reußpl. Inzeratenteil verantw. Lb. Glöde, Schöna. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsbll.

Lessing-Theater.
Direktion: Victor Farnowsky.
8 Uhr: **Komödie der Worte.**
Mittw: **Komödie der Worte.**
Donnerstag: **Komödie der Worte.**

Deutsches Künstler-Theater.
Allabendlich 8 Uhr:
Die selbige Exzellenz.

URANIA
Taubenstraße 48/49
4 Uhr (Halbe Preise):
Der Isonzo und Oesterreichs Adriaküste.
8 Uhr:
Prof. Dr. Kallner:
Bulgarien.

Lustspielhaus.

8 1/2 U.: **Krieg im Frieden.**
Residenz-Theater
8 1/2 Uhr: Die Prinzessin vom Nil.
Sonnt. 3 1/2 U.: Die Schöne v. Strand.
Schiller-Theater O.
8 Uhr: **Ultimo.**
Schiller-Th. Charlottenbg.
8 Uhr: **Der Rauh der Sahinerinnen.**
Thalia-Theater.
8 Uhr: **Drei Paar Schuhe.**
Theater am Nollendorfpf.
3 1/2 Uhr: **Der Störenfried.**
8 1/2 Uhr: **Immer feste druff!**
Theater des Westens
8 Uhr: **D. Fräulein v. Amt** mit Guido Thielscher.
Trianon-Theater.
8 1/2 Uhr: **Bodo's Brautschau**
Morgen 4 Uhr: **Rotkäppchen.**

Größtes und erfolgreichstes Programm Berlins!
15 Schlager 15
Mittwoch, d. 15. d. M.:
Letztes Auftreten Gussy Holl Schneider-Duncker.
Billetverkauf 11-1 sowie A. Wertheim u. Invalident.

Luisen-Theater.
Heute 8 1/2 Uhr:
Schritte auf der Treppe
Mittwoch 4: **Sinderrortell, 20, 30, 31.**
Selma weischen u. Rosenrot.

WINTERGARTEN
Grete Wiesenthal
„Flotte Bursche“
Operette i. 1 Akt v. F. v. Suppé.
Mitwirkende:
Else Berna — Lotte Werkmeister v. Thalia-Theat. a. G.
Käte Hansen — Steffi Walligt
Gustav Matzner — Heinrich Peer
Hanna Ewald — Jan Paul
Der **neue** Dezember-Spielplan.

Apollo
Direktion Adolf Vogt
Telef.: Lössow 701

Größtes und erfolgreichstes Programm Berlins!
15 Schlager 15
Mittwoch, d. 15. d. M.:
Letztes Auftreten Gussy Holl Schneider-Duncker.
Billetverkauf 11-1 sowie A. Wertheim u. Invalident.

Circus Buseh.
Heute 8 Uhr.
Labero
Meister-Experiment
Toeskatte
Der Rekord der Telepathie !!
Ferner d. abt. Schlager! u. a.:
Golem — Rubin!
Puppchen — 3 Geschw. Factory
Poli Dassy — Carty-Althoff.
10 **Midjel.** wird in 3 Akten.

Rose-Theater.
8 Uhr: **Hans mein Schöförr.**
Morgen: Staatsanwalt Alexander.
Eonnab. 4 U.: Im Zaubert. Rübzahla.

Walhalla-Theater.
8 Uhr: **Maria Stuart.**
Morgen 4 Uhr: **Prinzessin Edeltraut.**
Morg. 8 Uhr: **Lieb Vaterland.**

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum Schluß:
Die von der Emden
Neben dem Weihnachtsprogramm. Für Militärpersonen vollkommen freier Zutritt zu d. Stett. Sängern. Anfang 8 Uhr.

Die von der Emden
Tägl. 8 Uhr. Sonnt. 3 1/2 u. 8 Uhr
Großer Erfolg!
Der neue heitere Dezember- und Weihnachts-Spielplan.
Ausnahmsweise sind Vorzugskarten auch für Sonnabend, 18., u. Sonntag, 19. Dez., gültig.

Weihnachts-Karten, Programme, Plakate in gediegener Ausführung liefert die **Vorwärts Buchdruckerei** Berlin SW. 68 * Lindenstraße 3

Voigt-Theater.
Badstr. 58.
Morgen Mittwoch, 15. Dezember 1915:
Sein ganzes Glück.
Volkschauspiel in 4 Aufzügen von Karl M. Jaksch.
Raffeneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Tägl. 8 Uhr:
Neu! Neu! Neu!
Was machte nu?
Poffe in 3 Aufzügen von Hans Berg. Dazu das große Festprogramm.
Franz Amon! 3 Karleys! Erben
Sonntag 4 Uhr: Familie Schnase.

Die Lebensmittelversorgung vor der Reichshandelskommission.

(Sitzung vom 18. Dezember.)

Zunächst wurde über einige Duzend Anträge abgestimmt. Das Resultat dieser Abstimmung werden wir zusammenfassend wiedergeben, sobald eine Zusammenstellung vorliegt. Nur so viel sei bemerkt, daß die meisten Anträge, auch die sozialdemokratischen, angenommen wurden. Einer dieser Anträge fordert das Verbot der Sonntags- und Nacharbeit in den mit motorischer Kraft betriebenen Mühlen.

Die Diskussionskommission wendet sich dann der Fleischversorgung zu. Die Sozialdemokraten beantragen:

- a) Einführung einer Fleischkarte, die den Verbrauch gleichmäßig regelt.
- b) Einführung einer kombinierten Karte, die den Bezug von Butter, Schmalz, Margarine und Fetten regelt.
- c) Für Groß- und Kleinhandel Höchstpreise für alle Fleischarten, Fleischwaren und Wurst, abgestuft nach Fleischorten.
- d) Höchstpreise für Vieh ab Stall und Schlachtviehmarkt. Einführung eines Schlachtscheins beim Vieheinlauf und -verkauf.

Die Nationalliberalen fordern eine Regelung der Versorgung der Schweinemäster mit Futtermitteln, zu deren Ankauf das Reich einen Zuschuß leisten soll.

In der gleichen Richtung bewegt sich eine Reihe anderer Anträge. Abg. Mayinger (S.) fordert die Einführung von Schlachtscheinen im Viehhandel. Jetzt besteht die Gefahr, daß untere Viehbestände veräußert werden. Deshalb muß eine untere Gewichtsgrenze für Schlachtvieh festgelegt werden. Die Spannung der Preise bei Vieh ist zu groß.

Abg. Heide (natl.) begründet den Antrag seiner Partei mit dem Hinweis auf die schwierigen Verhältnisse, in denen sich die Schweinemäster befinden.

Ein Regierungsvertreter äußert sich über die Organisation der Reichsfuttermittelstelle.

Abg. Schmidt-Verein (Soz.) erörtert die Preistreiberel auf dem Fleischmarkt, der nur entgegengetreten werden kann durch Höchstpreise für alle Arten von Vieh. Die hohen Rindviehpreise haben bereits zur Abschachtung von Milchvieh geführt. Letztere muß verbotten werden. Die Einführung von Fleischkarten ist nötig, damit der Konsum der Besizenden herabgedrückt wird. Die Einführung der Schlachtscheine ist notwendig, um eine Preiskontrolle zu haben und in Verbindung damit müssen Stallpreise eingeführt werden. Die städtischen Viehhalter sind durch die unerhöht hohen Preise für Futtermittel ganz besonders geschädigt. Bei der Verteilung der Futtermittel sollte man die städtischen Molkereien mehr berücksichtigen, die gar nicht in der Lage sind, selbst Futtermittel anzubauen. Dadurch ist der Bestand an Milchvieh verringert worden.

Unterstaatssekretär Hr. v. Stein bespricht die Futtermittelfuhr aus den Baltischen Staaten. Die Organisation der Einfuhr wird fortgesetzt verbessert.

Abg. Koeide (Vund d. Landw.) behauptet, daß die Landwirtschaft nicht reicher wird, sondern eher der Verarmung entgegengeht. Die Viehzüchter werden durch das fortgesetzte Schwanken der Preise sehr beunruhigt. Die Abschachtung der Kühe wird durch Höchstpreise nicht verhindert, solange nicht genügend Futtermittel beschafft werden. Wo Vieh aus letzterem Grunde nicht mehr gehalten werden kann, muß es vom Staate übernommen und nach Gebieten gebracht werden, wo Weidetrieb möglich ist. Die Regierung müßte schon jetzt auf die Konserbierung des Fleisches bedacht sein. Die Vorkämpfer gegen die Bezugsvereinigungen des Bundes der Landwirte entbehren der Berechtigung.

Abg. Fegter (Fortf.) bittet die Regierung, bei Festsetzung von Höchstpreisen nicht immer schwankend zu sein. Man muß auch, um Störungen zu vermeiden, den Handel etwas verdienen lassen. Bei der Festsetzung von Stallpreisen muß auch festgelegt werden, ob das Vieh nichtern gewogen werden muß oder ob bis zum letzten Moment gefüttert werden darf.

Ein Regierungsvertreter hält es für ganz unmöglich, das Abschachten von Milchvieh zu verbieten, wenn man den Landwirten nicht Futter zur Verfügung stellen könne. Die Schwierigkeiten in der Verteilung der Futtermittel hängen mit den ungenügenden Vorräten zusammen. Für die städtischen Molkereien wird nach Möglichkeit gesorgt. Bei der Verteilung des teureren ausländischen Fleisches wird darauf Bedacht genommen, daß dieses Fleisch von den Besizenden gekauft wird. Der Handel mit Rindvieh soll künftig konzeffioniert werden, um den wilden Handel zu beseitigen.

Präsident Kaup äußert sich zu den sozialdemokratischen Anträgen. Ede man rationieren kann, muß man erst den notwendigen Bedarf pro Kopf und die verfügbare Menge kennen. Diese Frage kann nur durch die Gemeinden gelöst werden. Die Städte haben bereits jetzt die Möglichkeit, Futterkarten einzuführen. Schwieriger liegt es mit der Fettkarte. Für Wurst und die einzelnen Fleischsorten können die Gemeinden Höchstpreise festsetzen; das Reich aber kann das nicht, dazu sind die Verhältnisse zu verschieden.

Abg. Gotthein bespricht die Kohlenausfuhr nach Rumänien, die sich in durchaus geordneten Verhältnissen abwickelt. Der Futtermangel ist nicht die einzige Ursache des Mangels an Fleisch. Höchstpreise für Rindvieh hält der Redner bei der Verschiedenheit der Qualität für absolut unmöglich. In allen Kreisen des Volkes wird zu viel Fleisch gegessen, das hängt damit zusammen, daß viele Arbeiter heute sehr hohe Löhne beziehen. Mit einer Fleischkarte ist nichts zu erreichen. Die Wirkung wäre, daß mit diesen Karten ein Handel getrieben werden könnte. Die heutige Festsetzung der Preise für Schweinefleisch ist völlig unhaltbar. Die Organisation der Einfuhr von Butter ist mangelhaft. Bei der Verteilung der Futtermittel haben die Großgrundbesitzer einen völlig unberechtigten Vorzug.

Abg. Löcher (fr.) macht die Konserbationsfabriken für den Mangel an Fleisch mitverantwortlich, die ihr Vieh direkt vom Produzenten beziehen. Die Verwendung von Milch zu Kaffee muß verboten werden.

Abg. Wiesberts: Die besizenden Massen empfinden keinerlei Mangel. Den Kreisen bis zu einem Einkommen von 2000 M. muß ein entsprechendes Quantum Fleisch zur Verfügung gestellt werden. Der Hinweis auf die hohen Löhne der Arbeiter ist verfehlt, die Mehrzahl der Arbeiter und Arbeiterinnen wird erbärmlich gering bezahlt. Der Handel ist offenbar der Meinung, daß er berechtigt ist, in den Kriegsjahren besonders hohe Gewinne zu nehmen. Die Regierung muß es als oberste Pflicht betrachten, jeder weiteren Verbitterung des Volkes entgegenzuwirken. An den bestehenden Schwierigkeiten darf die Einführung einer Fleischkarte nicht scheitern.

Abg. Herold (S.) ersucht die Regierung dringend, mit der Lieferung von Kriegsfuttermitteln nicht zu zögern. Von einem Schlachtverbot für Rindvieh kann keine Rede sein. Die bevorzugte Versorgung der städtischen Molkereien mit Futtermitteln würde eine Benachteiligung der Landwirtschaft bedeuten. Die hohen Klei- und Schrotpreise sind nicht berechtigt, sie entstehen nur durch die Zwischen Gewinne.

Abg. Böhm (natl.) empfiehlt, die Privatwaldungen zwangsweise für die Viehhaltung zu verwerten. Wenn es sich, wie hier, um ein öffentliches Interesse handelt, dann müssen private Interessen zurücktreten.

Abg. Dr. Wendorf (fr.): Die Verteilung der Futtermittel geschieht nicht unparteiisch. Der Verteilung darf nur die Viehzahl zugrunde gelegt werden. Die größere Berücksichtigung der städtischen Molkereien ist durchaus berechtigt und notwendig. Die Berücksichtigung der Geflügelzüchter rechtfertigt sich durch den hohen Wert,

den dieser Zweig unseres Wirtschaftslebens hat. In Kleinbäuerlichen Kreisen sagt man bitter über den zunehmenden Wildschaden, der seine Ursache in dem mangelnden Abschuh hat.

Unterstaatssekretär Hr. v. Stein bestritt entschieden, daß bei der Verteilung der Futtermittel ungerecht verfahren wird. Eine Verteilung nach der Viehzahl ist bei der Verschiedenheit der einzelnen Wirtschaften unmöglich. Die Versorgung der städtischen Molkereien wird, soweit nur irgendmöglich, sichergestellt. Das Reich wird auf die Einzelstaaten einwirken, um einen stärkeren Wildschuß herbeizuführen.

Abg. Burm (Soz.) erblickt den Fehler, der bei Einführung von Höchstpreisen für Schweinefleisch gemacht wurde, daß sie zu spät eintraten. Die Agrarier hoffen, daß die Höchstpreise erhöht werden, und halten deshalb mit den Vorräten zurück. Die Regierung muß Schweine beschlagnahmen, damit die Industriearbeiter mit Schweinefleisch versehen werden kann. Die Monate Januar und Februar sind dazu besonders geeignet. Der Fleischverbrauch muß durch Karte geregelt werden. Die fleischlosen Tage dürfen in ihrer Bedeutung nicht übermäßig werden, denn die Besizenden werden davon nicht betroffen. Wie stellt man sich die Kontrolle des Verkaufes ausländischen Schweinefleisches vor? Bei der Wurst sind die Preise zu hoch, diese hohen Preise reizen dazu an, das Fleisch zu Wurst zu verarbeiten. Dem Konserbationswandel kann man nur dadurch begegnen, daß auf der Umhüllung der Inhalt genau angegeben wird. Mit der Futterversorgung hat Strachburg vorbildlich gewirkt. Der Reichsleihe steht dort unter strengster Kontrolle der Stadt, die den Verbrauch durch Ausgabe von Karten regelt. In Berlin wird gerade die ärmere Bevölkerung am schwersten getroffen. Die Zentralfleischverkaufsgesellschaft läuft zu teuer. Händlergruppen verleben es immer wieder, ein Sinken der Butterpreise zu verhindern. Deshalb müssen wir Futterkarten haben. — Abg. Fegter erörtert die Strohpreise und warnt davor, den Ausdruck übermäßig zu beschleunigen. Das Stroh kann dann nicht zweckmäßig aufbewahrt werden. Vor einer neuen Massenabschlachtung von Schweinen sei zu warnen. — Abg. Koeide erblickt einen Vorteil darin, daß wenig Schweine auf den Markt kommen. Der Mangel an frischem Schweinefleisch ist nur auf die Schlächter zurückzuführen. Die Einführung von Futterkarten ist notwendig. Vor einem schematischen Eingriff in die Privatwirtschaft ist dringend zu warnen. Die Bezugsvereinigungen der Landwirte ist über jeden Angriff erhaben. Sie achtet nur darauf, daß die Futtermittel gerecht verteilt werden. Wenn heute recht viel Vieh auf die Märkte kommt, so geschieht dies nur aus Angst vor den drohenden Höchstpreisen. — Abg. Mayinger behauptet daß in Bayern die Konsumenten zu wäckerlich sind; fette Schweine können dort nicht verkauft werden, man will nur mageres Schweinefleisch haben. Daß man einen Teil der Molkereiproduktion beschlagnahmt, ist nicht erfindlich. — Unterstaatssekretär Hr. v. Stein: Wenn die Einfuhr von Butter zentralisiert werden müßte, dann könnte man nicht alle Händler beschäftigen. Lieber den Zustand der Futterversorgung in Berlin wird mit Recht geklagt; in den nächsten Tagen wird eine Änderung eintreten, die in Verbindung mit starker Einschränkung steht. Das Beispiel von Strachburg zeigt, was eine Kommune bei gutem Willen leisten kann. Der Erfolg der fleischlosen Tage darf doch nicht unterschätzt werden. Es ist schwer zu beurteilen, wenn die besizenden Kreise sich nicht danach richten. In Wilmersdorf ist der Fleischverkauf um 27 Proz. zurückgegangen. Die neugegründeten Zentralisationen funktionieren mit jedem Tag besser. — Abg. Roland-Lücke (natl.) verlangt, daß in Ost- und Speisebäusern Brot nur auf Verlangen verabreicht werden darf; zu beliebigen Broten darf Butter nicht verwendet werden. Durch Fleischkarten muß der minderbemittelten Bevölkerung der Bezug von Fleisch ermöglicht werden. Der vermehrte Abschuh von Wild muß zwangsweise verfügt werden. — Abg. Fischel (Fortf.): Die fleischlosen Tage haben die auf diese Maßnahmen gesetzten Erwartungen nicht erfüllt. Die Vergarbeiter sind gewohnt, viel Fleisch zu essen; die hohen Löhne der Arbeiter haben dazu geführt, daß in diesen Kreisen heute mehr Fleisch gegessen wird, als wie in den Schichten des Mittelstandes. — Ob man mit Höchstpreisen für Rindfleisch zu dem gewünschten Ziele kommt, ist zu bezweifeln. — Nach weiteren Auseinandersetzungen zwischen den agrarischen Vertretern spricht Staatssekretär Helfferich über jene Anträge, die Zuschüsse vom Reiche fordern. Dieser Weg ist nicht richtig; auf eine solche Zuschußwirtschaft kann sich das Reich nicht einlassen. Diese Forderungen stehen im engsten Zusammenhang mit den Anträgen auf Erhöhung der Familienunterstützung, die wiederum in Zusammenhang steht mit der beantragten Erhöhung der Soldatenlöhnung. Für letzteres liegt kein Bedürfnis vor, höchstens daß die Mannschaften einer besseren Verpflegung bedürfen. Auf diesem Gebiet ist bereits viel geschaffen. Vielleicht kann man dem Kriegsministerium eine Waichale für diesen Zweck zur Verfügung stellen. Der Satz der Familienunterstützung von 15 M. monatlich ist durchaus genügend. Wo sich Härten ergeben, ist die Möglichkeit vorhanden, einen Ausgleich zu schaffen. Man darf auch den Kommunen nicht die Pflicht auferlegen, bestimmte Leistungen zu übernehmen. Bei den geforderten Zuschüssen für die Futtermittelversorgung will die Regierung prüfen, was sich machen läßt. — Abg. Kretsch hält es für gleichgültig, wer die Zuschüsse leistet. — Abg. Erzberger stellt fest, daß der Reichssekretär sich entgegenkommend geäußert hat. Personen unter 2000 M. Einkommen müssen die Lebensmittel billiger bekommen, und dazu müssen die Kommunen Zuschüsse erhalten. Für das ganze Reich ist eine Erhöhung der Familienunterstützung nicht nötig. Notwendig ist eine Erhöhung in jenen Gegenden, in denen die reine Geldwirtschaft herrscht; dort können die Familien nicht auskommen. Hier muß eingegriffen werden. Die Erhöhung der Mannschafslöhnung ist nötig, weil die Mannschaften höhere Preise für ihre Bedürfnisse anlegen müssen. — Die Kommission beschloß, die Erhöhung der Mannschafslöhnung hier mitzubehandeln und gleichzeitig auf die Kriegsbefehlsordnung einzugehen.

Abg. Bauer (Soz.) begründet die sozialdemokratischen Anträge, in denen verlangt wird, daß die Unterstützung der Kriegserkrankten monatlich 80 M. und die der Kinder 10 M. betragen soll. Die Gemeinden sollen verpflichtet werden, mindestens 50 Proz. Zuschlag zu zahlen. Der Redner trat der Auffassung entgegen, daß ein Bedürfnis zur Erhöhung der Familienunterstützung nicht vorhanden sei. Selbst im Osten, wo neben der Geld- auch die Naturalwirtschaft besteht, herrscht unter den Kriegsfamilien große Not. Besonders schlecht gestellt sind aber die Familien der freien Arbeiter, die auf dem Lande mitunter höhere Lebensmittelpreise bezahlen müssen, als wie sie in den Städten gefordert werden. Die Lieferungsverbände haben vielfach sehr wenig sozial gehandelt. Redner belegte das in einer Reihe überaus drastischer Beispiele. Zum Schluß fordert er die Schaffung einer Berufungsinanz. — Ministerialdirektor Lewald bemerkt, daß 4 Millionen Fälle in Frage kommen mit vielleicht 12 Millionen Personen. Eine allgemeine Erhöhung sei jedenfalls nicht zweckmäßig. Viele Gemeinden sind gar nicht in der Lage, die geforderten Zuschüsse zu zahlen, und das Reich kann ihnen die Zuschüsse auf keinen Fall erlegen. Auch eine Bewerbeninstanz habe nicht viel Zweck. Für die Unterstützung der Kriegsfamilien wendet das Reich gegenwärtig monatlich 100 Millionen Mark auf, während die Gemeinden 40 Millionen ausstrecken müssen. — Abg. Gotthein hält vielfach die Unterstützung für unzureichend, namentlich dann, wenn es sich um alte Eltern handelt, die mehrere Söhne im Felde haben. Die Gehälter der Offiziere hat man nicht herabgesetzt, und soweit die Bezüge der Beamten ermäßigt worden sind, hat der Generalgouverneur von Belgien diese Maßnahme einfach illusorisch gemacht dadurch, daß er Bezüge in alter Höhe anordnete. Nachdem noch Staatssekretär Helfferich, Abg. Koeide und einige Regierungsvertreter das Wort genommen hatten, erfolgte Vertagung der Sitzung auf Dienstag.

Die Parteipresse zur Reichstagstagung.

„Hamburger Echo“:

Beide Redner, die am Donnerstag im Reichstag für die sozialdemokratische Fraktion sprachen, waren sich der Bedeutung ihres Auftrages wohl bewußt, und sie verstanden es, jeder in seiner Art, dem Friedenswillen des Volkes Ausdruck zu geben, ohne auch nur die geringste Möglichkeit zu lassen, ihre Ausführungen so zu deuten, als ob dieser Friedenswille aus Schwächegefühl entspringe. Genosse Scheidemann begründete die Interpellation ihrer Fassung gemäß, das heißt so, daß eine Verantwortung erfolgen mußte, und Genosse Landsberg unterfisch den Teil der Antwort, der von grundsätzlicher Wichtigkeit ist, hob aber auch — und mit Recht — die Tatsache hervor, daß die Ausführungen des Reichskanzlers die im letzten Satz der von Spahn verlesenen Gesamterklärung der bürgerlichen Parteien enthaltenen weitgehenden Bedingungen nicht anerkennen. . . .

Der Reichskanzler anerkannte in seiner Antwort, daß die Begründung der Interpellation die Erwartungen der Feinde nicht entmütern, sondern enttäuschen werde. . . .

Genosse Landsberg konnte, als er die Rede des Reichskanzlers würdigte, mit gutem Recht sagen: „Ich habe zu meiner Benützung von dem Reichskanzler Worte, wie Brand und Aquith sie ausgesprochen haben, nicht gehört!“ Und weiter konnte er sagen: „Aus den Worten des Herrn Reichskanzlers jedenfalls haben wir den Inhalt der Erklärungen der bürgerlichen Parteien nicht herausgehört.“

Das ist nun allerdings eine negative Feststellung. Der Reichskanzler hat sich den am Schluß der gemeinsamen Erklärung der bürgerlichen Parteien ausgedrückten Bedingungen nicht angeschlossen. Ob er sie für angebracht hält oder nicht, geht aus seinen Worten nicht hervor. Aber die nachdrückliche Betonung früherer Erklärungen, daß es sich für Deutschland um einen Verteidigungskrieg handle, erscheint uns als Abgabe gegen die unter der Hand kolportierten Pläne unverantwortlicher Sippen und Klüngel. Daß diese Abgabe nachdrücklich geschehen wäre, in einer Form, die keinen Auslegungen Raum gewährte, hätten wir gewünscht.

„Leipziger Volkszeitung“:

Wenn es der Zweck einer parlamentarischen Interpellation ist, in einer bestimmten politischen Situation Klarheit zu schaffen, dann hat die sozialdemokratische Interpellation ihre Aufgabe in mehr als einer Beziehung reiflich erfüllt. . . .

Freilich, unsere Wünsche gingen auch noch nach einer andern Richtung. Wir hofften, daß durch die Debatte im Reichstag die Plattform für eine internationale Friedensdiskussion gezimmert worden wäre. Das ist wohl nicht erreicht worden, und einige gute Ansätze, die sich in der Rede des Genossen Scheidemann fanden, wurden durch die Ausführungen des Reichskanzlers und — mit lebhaftem Bedauern muß es gesagt werden, durch die Worte des Genossen Landsberg wieder abgebaut. Aber nichtsdestoweniger müßten wir den getragenen Tag nicht missen, denn auch dieses negative Ergebnis ist politisch wertvoll. Das Grundthema der Erörterung schlug Herr v. Bethmann in seiner ersten Rede an, die die allgemeine militärische Lage behandelte: Deutschland ist stark, seine gewaltigen militärischen Erfolge sind unbestreitbar, für die Zukunft können wir die schönsten Erwartungen hegen. Deutschland hat also keine Veranlassung, um Frieden zu bitten oder seine Friedenssehnsucht zu betonen. Scheidemann zog aus denselben Tatsachen einen andern Schluß. Weil Deutschland so stark ist, deshalb kann niemand in der Welt es als Schwäche auslegen, wenn wir den Frieden wünschen. Die Umstände sind danach angefallen, daß wir vom Frieden reden dürfen und vom Frieden reden müssen. Scheidemann legte einen etwas zu starken Ton auf diesen Rechtfertigungsgrund für das Auftreten der Sozialdemokratie; er wies ferner der Regierung nicht deutlich genug den Weg, auf dem es nach sozialistischer Auffassung möglich sein müßte, die Schreden eines Aufreißungskrieges zu vermeiden, endlich wurde die Wirkung seiner an sich erfreulich entschiedenen Abgabe an die deutschen Anzionisten abgeschwächt durch die allzu starke und häufige Unterzeichnung der Kartreiten im Lager der andern — aber immerhin war seine Rede ein erster Versuch, eine Brücke zum Feinde hinüberzuschlagen, und man hätte meinen sollen, daß der Reichskanzler sie betreten könnte, ohne sich, der Würde Deutschlands und seiner politischen Zukunft das geringste zu vergeben. Leider war Herr v. Bethmann anderer Ansicht, und indem er in der Verantwortung der Interpellation seinen alten Faden fortspann, kam er zu einem Refusit, das sich von dem Scheidemannschen Wunsche, die deutsche Regierung möge den ersten Schritt zum Frieden tun, himmelweit entfernte.

Das Genosse Landsberg hat in einer Weise verfaßt, wie in so schicksalsschwerer Stunde wohl noch nie ein Sprecher der Sozialdemokratie verfaßt hat. Er schien es als seine Aufgabe anzusehen, die gewaltigen Wogen der Erregung zu glätten, die die unerhörte Verletzung der Tradition des Hauses durch die bürgerlichen Parteien hervorgerufen hatte, und er betrachtete es offenbar als seine Ehrenpflicht, die gute Meinung zu rechtfertigen, die der Liberale Herr v. Bahr in der Geschäftsordnungsdebatte über ihn geäußert hatte. Statt die erste und wichtigste Aufgabe des Sozialdemokraten zu erfüllen und auszusprechen das was ist, gab Landsberg sich die größte Mühe, den Riß wieder zu verkleistern, der wenige Minuten zuvor mit so elementarer Gewalt zutage getreten war, und er besorgte dann wieder die Taktik, die wir bei der nationalliberalen Partei so oft beurteilt und verhöhnt haben: er suchte die Worte des Kanzlers so lange zu verrenken und zu pressen, bis sie harmlos, ja, bis sie sozialistisch ausfielen. Der Verfaß, den er bei den Bürgerlichen fand, war reichlich verdient, und wahrhaftig würden die Graf Westarp, Cassermann und Bahr die Unflughheit des Versuchs, ihn nicht zu Wort kommen zu lassen, nicht begangen haben, wenn sie sein Konzept gefasst hätten. Vielleicht hätten sie sogar ihm statt Spahn das Schlugebet übertragen.

Aber der falsche Schritt war inzwischen getan, und er hatte zur Folge, daß Haase, der die rechten Worte im rechten Moment fand, wie nach ihm Ledebour, Stadthagen und Liebnecht auch zur Frage des Friedens manderlei sagen konnten, was das Volk hören wollte und was der Versicherung Landsbergs, er spreche im Namen der Fraktion, erfreulicherweise ihre Bedeutung raubte. Vielleicht haben diejenigen Mitglieder der Fraktion, die den Standpunkt Landsbergs nicht teilen, ein zu großes Opfer gebracht, als sie nach seiner Rede nicht auf ihrerseits das Wort ergriffen, aber ihr Schweigen wird deshalb leichter zu verschmerzen sein, weil für die Parteigenossen draußen im Lande weitere Bemerkungen überflüssig waren. Einen gewissen Ersatz bietet außerdem die Erklärung von bis jetzt 31 Fraktionsmitgliedern, die sich auf den Boden der Ausführungen stellen, die Genosse Haase in der Geschäftsordnungsdebatte gemacht hat.

„Volksrecht“ (Dresden):

Das erlösende Wort, das Abgeordneter Scheidemann von ihm verlangte, hat der Reichskanzler Bethmann Hollweg nicht gesprochen, aber er hat doch seiner Bereitschaft zum Abschluß eines ehrenvollen Friedens Ausdruck gegeben und wir werden abwarten müssen, welches Echo diese Erklärung im feindlichen Ausland finden wird. Schade, daß sie fast erkrankt in der bis ins Kleinste gehenden Polemik gegen einzelne Reden und Handlungen der Feinde, schabte, daß sie abgeschwächt wurde durch einen Satz der Erklärung, die Abgeordneter Spahn im Namen der bürgerlichen Parteien abgab. Er geht weit über das hinaus, was der Reichskanzler selbst sagte und

ist geeignet, wie Abgeordneter Landsberg später ausführte, die Gegner aufzupeitschen, das heißt den Krieg zu verlängern und seine furchtbaren Opfer zu vermehren. Eine solche Verantwortung sollte niemand auf sich nehmen. Die Kammersache selbst wird von dem Gesicht nicht beharrt bleiben, in der verschiedensten Weise ausgelegt zu werden. Während Abgeordneter Landsberg die Hauptbetonung in den Worten sieht: Wir wollen keine fremden Völker unterjochen und sind zu einem ehrenvollen Frieden bereit, sieht der Kreis um die „Lageszeitung“ ihre Hoffnung in den Sätzen, daß es in Zukunft keine Einfallstore im Westen und im Osten mehr geben darf.

„Volkstimme“ (Chemnitz):

Wichtig, doch fest, glänzend in der Form, begründete Philipp Scheidemann unsere Anfrage, an die erfreuliche Schilderung des Reichstags von der gesicherten militärischen Lage Deutschlands anzuknüpfend, mit gespanntester Aufmerksamkeit angehört. . . .

Ein starker Mißklang wurde hervorgerufen durch einen Antrag der bürgerlichen Parteien auf Schluß der Debatte. Unsere Genossen glaubten darin einen Versuch erblicken zu müssen, dem zweiten sozialdemokratischen Redner, Landsberg, das Wort abzuschneiden. Es kam zu einer kurzen stürmischen Geschäftsordnungsdebatte, bei der Liebnecht, der sich schon vorher durch meist recht deplazierte Zwischenrufe bemerkbar gemacht hatte, die Unerschämtheit besaß, seine eigene Fraktion anzueimpeln. Die übrigen Genossen der Minderheit hatten erfreulichweise im Interesse der Parteieinheit davon Abstand genommen, ihrer Meinung durch einen besonderen Redner Ausdruck zu geben. Die Absicht, Landsberg am Sprechen zu hindern zu wollen, stellten die bürgerlichen Parteien entschieden in Abrede. Sie schloßen einen angeblichen oder tatsächlichen Irrtum vor und beantragten, die Debatte wieder herzustellen, um den angestrebten Schluß nach Möglichkeit wieder zugumachen.

In einer klugen, eindrucksvollen Rede, in der er unter anderem den närrischen Liebnecht regelrecht abschütteln mußte, appellierte Landsberg an die Einsicht aller Völker und ihrer Regierungen, der weiteren Menschenschänderei Einhalt zu tun. Nichts an unbilligen Forderungen des deutschen Kanzlers habe die Welt vernommen.

Im Gegensatz zu den Staatsmännern der feindlichen Länder habe er seine Bereitwilligkeit zum Friedensschluß ausgesprochen. Kommt es jetzt nicht zum Frieden, liegt die Schuld bei den Gegnern Deutschlands. Auch diese Rede dürfte bei aller Bereitschaft des deutschen Volkes, für den Frieden zu wirken, nicht anders ausfallen als die Versicherung, daß jeder Versuch, das Wesen zu Deutschlands Herabwürdigung anzusehen, vom ganzen, einigen deutschen Volk zurückgewiesen werden wird.

„Freie Presse“ (Eberfeld):

Inzwischen sei unsere Stellung dahin befunden, daß wir in der gestrigen Reichstagsdebatte ein anderes großes Moment, als das, welches ihr rein äußerlich durch die Tatsache der Kanzlerrede, die sozialdemokratische Interpellation und ihre Begründung und Befriedigung aufgeblüht wurde, nicht zu erblicken vermögen. . . .

Die zweite Kanzlerrede bildete eine Antwort auf die sozialdemokratische Interpellation und die Rede Scheidemanns dazu. In dieser Rede ergänzte Genosse Scheidemann seine von früher bekannte Stellungnahme in einigen wichtigen Punkten. Wir machen, da wir an dieser Stelle kurz sein müssen, nur darauf aufmerksam, daß er nach den uns vorliegenden Berichten erklärte, das Ziel der Sicherung gegen militärische Einbrüche der Gegner sei erreicht. Ganz unsere Meinung! Aber auch die des Reichskanzlers, der ja wiederholt darauf hinwies, daß die Gegner nicht auf eine Besserung ihrer militärischen Lage rechnen dürften. Da es sich nun damit so verhält, wie Scheidemann sagte, so ist unsere Erwartung die Stellung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in den kommenden Kriegstagen vorgezeichnet! Weiter sei hingewiesen auf den Passus der Scheidemannrede über die wachsende Friedensstimmung bei den Gegnern Deutschlands. Das ist bis in sehr nahe zurückliegende Zeit bestritten worden und diejenigen, die vor den Tatsachen in diesem Sinne nicht die Augen verschlossen, wurden der Irreführung beschuldigt. Das wird hoffentlich nun zu Ende sein. Endlich sei besonders hingewiesen auf die feierliche Bekundung der Einigkeit zwischen deutscher und deutsch-österreichischer Sozialdemokratie in dem Willen zur Landesverteidigung und zum Frieden, dem angeschlossen war die Versicherung, daß für kapitalistische Sonderinteressen keinerlei Opfer gebracht werden würde.

War diese Rede auch nicht überzogen, so bildet sie doch den anerkannten Mittelpunkt der Verhandlungen. Was der Reichskanzler darauf antwortete, ist minder deutlich als die Erklärung der bürgerlichen Parteien zum gleichen Gegenstand. Immerhin sei hervorgehoben, daß sowohl wie diesmal die Regierung von ihren Kriegstagen früher noch nicht enthält hatte, trotzdem der Reichskanzler nicht auf Einzelheiten eingehen zu wollen erklärte. . . . Wir betrachten es als ein Verdienst der Genossen, die besonders energisch auf die Klarstellung der Angelegenheit und die Freistellung des zweiten sozialdemokratischen Redners drangen, gerade dem Genossen Landsberg zum Worte verholken zu haben. Er füllte sich wohl daran, die von uns vorher angebotenen Ergänzungen in Scheidemanns Rede wegzumischen. Er sprach bereit, daß er den stürmischen Beifall der bürgerlichen Parteien erntete.

Das war der große Tag im Reichstage. Wir haben ihn uns nicht anders vorgestellt.

„Dresdener Volkszeitung“:

Scheidemann begründete die Interpellation. Unser Redner wurde der verantwortungsvollen Aufgabe, die gestellt war, vollkommen gerecht. Er sprach mit dem Ernste, den diese schwere Stunde auferlegt, für das, was Millionen und Abermillionen im tiefsten Herzen bewegt. . . .

Rum kam Weismann Hollweg auf den Kern der sozialdemokratischen Interpellation: Wie steht es mit seinen eigenen Friedensbedingungen, wolle er den anderen den Frieden antragen? Was der Reichskanzler hierüber gesagt hat, weicht einerseits von dem ab, was wir Sozialisten in der jetzigen Stunde für richtig und wünschenswert halten, muß aber zum anderen Teil durchaus begrüßt werden. . . .

Was der Reichskanzler dargelegt hat, ist nicht das, was wir Sozialdemokraten wünschen, aber es ist immerhin ein bedeutungsvolles Entgegenkommen an die Gedanken und Forderungen, die wir vertreten. Wir sind nicht befriedigt von der Antwort, die der Reichskanzler auf unsere Interpellation erteilte, aber wir sehen in ihr, daß der Friedensgedanke trotz alledem und alledem auf dem Marsche ist. Noch ist dieser Gedanke nicht siegreich, aber unser Vorgehen im Reichstage war ein Schritt zu seinem Siege! Es bedarf weiteren unablässigen Mühe und Ringens, um das heißersehnte Ziel zu erreichen! . . .

Landsberg kam zu Wort. Er hat in einer ausgezeichneten Rede nochmals dem Friedenswillen unserer Partei Ausdruck gegeben.

„Volkstimme“ (Mannheim):

So wie die Dinge heute liegen, angesichts der absoluten Abgeleittheit der Entente gegen einen Friedensschluß im jetzigen Zeitpunkt, konnte man nicht erwarten, daß die Regierung ihre Friedensbedingungen in all den Einzelheiten einseitig und frei vor aller Welt aufzählt, also gleichsam die Krämpfe aus der Hand gibt, die sie für die Friedensverhandlungen hat. Es konnte sich vorerst nur darum drehen, etwa sich regenden Friedensströmungen des Auslandes, wie sie besonders in den englischen Parlamenten zum Ausdruck gelangt sind, entgegenzukommen. Das ist geschehen: von sozialdemokratischer Seite durch unsere Redner Scheidemann und Landsberg, die, wenn jemals, dann gestern im Sinne der gewaltigen Majorität des deutschen Volkes sprachen. Aber auch die Regierung hat, trotzdem sie jene Vorgänge gläubig weit skeptischer betrachten zu müssen, ihnen ihre Sympathie nicht verweigert und ihre Kräfte nicht zurückgezogen. Ich und freudlich die Ausführungen des Herrn von Weismann in diesen Punkten voll befriedigt haben, kann man allerdings nicht sagen. Er hätte da, unbeschadet seiner besonderen Anschauungen, um ein reichliches Stück weitergehen können: es hätte Deutschlands Interesse

leinen Abtrag und im Auslande unter denen, deren Blick nach halbwegs klar sieht, der Friedensfrage gute Dienste getan. Wir Sozialdemokraten weichen ja naturgemäß auch sonst in mancher anderer Frage von den Auffassungen der Regierung und der bürgerlichen Parteien, welche letztere sich auch gestern für Gebietsveränderungen aussprachen ab; nicht zuletzt auch in der Frage der Friedensbedingungen, bei der wir in einer Annäherung und Verständigung der Völker des Westens, die nicht nur möglich, sondern unumgänglich ist, größere Garantien für die „Sicherheit unseres Lebens und unserer Freiheit“ erblicken, als in etwaigen Annektionen, mag nun die Regierung solche planen oder andere Sicherungsmethoden im Auge haben. — Sie hat sich auch gestern hierüber nur in allgemeinen Redewendungen ausgesprochen.

Doch darüber im einzelnen zu sprechen, ist zur Stunde ja noch verwehrt. Worauf es heute in erster Linie ankommt, ist: die Friedenseinstimmung bei uns im Lande und den anderen allmählich durch eine Friedensstimmung abzulösen, der Verheerung der Völker entgegenzutreten und, das Vaterland verteidigend solange es sein muß und solange unsere Gegner noch nicht friedensbereit sind — und noch sind sie es leider nicht —, im In- wie im Auslande den Frieden vorzubereiten.

„Frankfurter Tagespost“:

Es ist kein verlorenen Tag, es ist ein Tag stolzer Machtgefühls, auf den der Deutsche Reichstag zurücksehen kann. Die Kleinmütigen müssen bekennen, daß man dem Friedenswunsch Ausdruck geben kann, ohne auch nur das kleinste Zeichen der Schwäche zu geben. Heute, wo deutsche Truppen und die ihrer Verbündeten auf allen Kriegsschauplätzen wirken und siegen, heute noch 18 Monaten blutigen und für die ganze Welt opferreichsten und auch für Deutschland nicht opferlosen Krieges, heute den Friedenswillen bekunden, ist wahrlich kein Zeichen von Schwäche. Wer anderes behauptet, tut dies wider besseres Wissen. Mut machen den Friedensliebenden, deren Zahl in allen Völkern größer ist, als die uns feindlichen Regierungen zugehen möchten, das sollte eine Nebenwirkung der sozialdemokratischen Interpellation sein.

Die bedauerlichen Gegensätze innerhalb unserer Partei schrumpfen in der Friedensfrage, die gestern den Reichstag beschäftigt hat, auf ein ganz geringes Maß zusammen. Auf das wir wenigstens kein Gewicht legen. Hier ist wieder einer der erfreulichen Fälle, wo das Einigende zu unterstreichen und zu betonen ist, während andere dem Trennenden immer die größte Aufmerksamkeit schenken.

Die Rede des Reichskanzlers ist reichlich deutungsfähig, doch sie ist klar in dem festen Kraftbewußtsein, in der vollkommenen Siegeszuversicht, aber auch in der Ablehnung von Ueberreibungen, zu denen ihn manche drängen wollen. Er will den Frieden nicht anbieten, er meint, daß die Friedensbedingungen heute nicht ausgesprochen werden können, aber die Rede ist nicht frei von Friedensstimmung, vom Friedenswillen, von der Bereitschaft, Friedensanträge zu prüfen.

Genosse Quard in der „Volkstimme“ (Frankfurt):

In allen, die die Tagung miterlebten, hat sie die Ueberzeugung befestigt, daß die bürgerlichen Parteien nichts vergessen und nichts lernen können und daß von ihnen eine Wendung in der inneren Politik Deutschlands nicht ausgehen wird. Sie haben dafür heute den endgültigen Unfähigkeitsnachweis erbracht. Wer eine so günstige Situation durch beschränkte Anglizität so gründlich verschärfen kann, wie heute, über den ist politisch das Urteil gesprochen. Man weiß, daß der Schreiber dieser Zeilen ebenfalls nicht in Friedensreden das Heil dieser Tage erblickt. Viel wichtiger erscheint ihm bekanntlich, daß die sozialistische Friedenspartei dauernd hinter der Regierung bleibt, um ihre Macht auf diese zu üben und mit der Entwicklung großwirtschaftlicher Friedensinflüsse ihre Einwirkung verstärkt. . . .

Aber nun hatte einmal die nur zu begreifliche Sehnsucht nach Frieden, die auch diejenigen besetzt, die noch an die bittere Notwendigkeit weiterer Kämpfe und der Geltendmachung unserer Forderungen und Arbeitsrechte glauben, im Deutschen Reichstage die erste Friedenswahrnehmung empfunden. Drei Viertel des deutschen Volkes standen mit ihren Gefühlen weitgehend hinter der Sozialdemokratie, wenn auch Weltgeschichte nicht von Gefühlen gemacht wird. Und dem ersten Versuch würden noch weitere folgen müssen, das sagten sich wohl angesichts des heutigen Standes der Dinge auch die heftigsten Friedensfreunde. Es sollte nur einmal der Anfang gemacht, der erste leise Einleitungsafford angeschlagen und den Gegnern bequeme Vorgänge genommen werden. Diesem menschlich nur zu begreiflichen Versuch hat sich schließlich auch innerhalb der Sozialdemokratie niemand widersetzt, der anderer Meinung war. Wir haben ihn alle mitgemacht, auch wir anderen, trotz unserer Ueberzeugung, daß die Entwicklung des Krieges dazu noch nicht reif sei; wir haben ihn mitgemacht schon deshalb, weil wir uns mit den Friedensfreunden in unserer Partei selbst wieder auf einer Linie vereinigen wollten. Und nun haben die Stumpen und Kleinen Geister, die jetzt Führer des Liberalismus, des Zentrums und der Konservativen in Deutschland heißen, mit ihrem einseitigen Tun dem Ausland das Beispiel innerlicher Zerrennens und politischer Unfreiheit gegeben, die bis in das Reichsparlament hinein zu herrschen scheint. Und die Regierung hat dafür sorgen müssen, daß der wohlmeinende, vaterländische und kluge Redner der Sozialdemokratie für den einstigen Frieden zum Worte kam!

Wenn der heutige Parlamentstag nichts Schlimmeres bringt, als die Bankrotterklärung der bürgerlichen Politik von Volk und Reich, dann wollen wir mit ihm im Interesse der Entwicklung unseres Vaterlandes zufrieden sein!

„Volkstimme“ (Halle):

Die Verhandlungen haben zwar keine völlige Klarheit über die Stellung der Regierung gebracht, dafür aber Klärung genug über die Absichten der bürgerlichen Parteien und die Stellungnahme der Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Die Sozialdemokratie stand in dem treffenden Satze des Genossen Haase eine klare, treffende Stellungnahme zu der bürgerlichen Erklärung, während Genosse Landsberg nur bedauerndwert large Anmerkungen machte. Sein Bemühen, die Stellungnahme der beiden Faktoren Regierung und einseitige Chalanz der bürgerlichen Parteien, roßig zu sehen, ließ ihn viel wirmer die nationalistische als die sozialistische Seite seiner Haltung betonen.

„Tribüne“ (Erfurt):

Man mag der Ansicht sein, es hätte das Abrücken von gewissen freigeistlichen Tendenzen und Strömungen noch etwas hörbarer und deutlicher erfolgen sollen, aber andererseits darf man nicht vergessen, daß die Einheit des deutschen Volkes vom Reichstage aus zum Ausdruck kommen mußte und darum auch die Zurückhaltung gewisser Differenzpunkte notwendig war. Es ist ein Verdienst unserer Fraktion und ihrer Interpellation, die Bereitschaft des Volkes und der Regierung zur Entgegennahme von Friedensvorschlägen und zur Anbahnung von Friedensverhandlungen klar und deutlich zum Ausdruck gebracht zu haben.

„Niederrheinische Arbeiter-Zeitung“:

Wie trotz alledem kann der Verlauf der Sitzung bei uns kein Gefühl ungeteilter Verbriedigung hervorrufen. Was zunächst die Rede Herrn v. Weismann Hollweg über die militärische und politische Lage betrifft, so hat sie wenig Neues. . . .

Rum die sozialdemokratische Interpellation! An die Wendung, daß Scheidemann die Interpellation begründet wird und daß Landsberg als zweiter Redner bestimmt worden ist, hatten wir die Bemerkung geknüpft, daß es auf die Art der Begründung ankomme. Nun hat Genosse Scheidemann keinen Zweifel gelassen, daß die Sozialdemokraten Gegner von Annektionen sind — es gibt ja Ausnahmen —, aber er sprach doch zu viel von anderen und nicht genug von den eigenen Pflichten und dem, was notwendig wäre, um „aus der Sadgrube herauszukommen“.

Des Kanzlers Antwort auf Scheidemanns Rede brachte keineswegs das erlösende Wort, das der sozialdemokratische Redner erhofft hatte. . . .

Was Landsberg sagte, ist nach diesen Vorgängen und nach der Erklärung der bürgerlichen Parteien einfach unverständlich. Weniger zu sagen, als er sagte, war kaum möglich.

„Braunschweiger Volksfreund“:

Keine klaren Forderungen und bestimmten Bedingungen für weitere Unterstützung der Regierung, sondern bloße Wünsche, ohne die praktischen politischen Folgerungen, die das Wesen einer wirklichen politischen Aktion ausmachen.

So dehnbar auch die Erklärung der Fraktion vom 4. August und die Leitfäden über die Kriegsziele: die Erklärung des Kanzlers ist die unzweideutige Absage an beide. . . .

Das Schlusswort des Genossen Landsberg, das erst nach erregten Zwischenfällen erfolgen konnte, die durch den Versuch der bürgerlichen Parteien, selbst das letzte Wort zu haben, veranlaßt waren, — dieses Schlusswort bewies, daß die Fraktionsmehrheit, auch nachdem der imperialistische Wimpel offen gehißt worden ist, ihm unanwendbar treu weiter folgen wird.

Der Zwischenfall wurde von Haase, Ledebour, Liebnecht genutzt, um in Bemerkungen zur Geschäftsordnung ihren Protest gegen die verkündeten imperialistischen Ziele einzulegen.

„Volkstimme“ für Anhalt“:

Das eigentlich Bedeutsame des Tages liegt in den beiden Reden der Vertreter der Sozialdemokratie. Scheidemann sowohl wie Landsberg haben den Ton meisterhaft getroffen. Ihre Reden werden im feindlichen Auslande ausgezeichnet wirken, zumal da sie auch im ganzen Reichstage keinen Widerspruch irgendwelcher Art gefunden haben. Unsere Genossen haben das Beispiel gegeben, wie man inmitten der aufreizendsten Tatsachen seine volle leidenschaftslose Ruhe und Objektivität bewahren kann.

In einem vielfach in der Parteipresse abgedruckten Korrespondenzartikel heißt es:

Die von unserem Redner, Scheidemann, erhobene Forderung eines ehrenvollen Friedens, der die Wiederholung dieses furchtbaren Völkergemeinens ausschließt, und seine weitere Forderung, den Abschluß dieses Friedens nicht über den Zeitpunkt hinauszu-schieben, sobald die Gegner dazu geneigt sind, blieb unumwiderrprochen. Damit haben Regierung und Volksvertretung Deutschlands die Hand zum Frieden geboten. Es ist jetzt an den Feinden, zu zeigen, ob und wie sie diese Hand ergreifen wollen, damit von Worten und Absichten zu Taten und Ergebnissen gekommen werden kann. Es war daher kein Wunder, sondern eine Selbstverständlichkeit der Klassenbildung und der geschichtlichen Entwicklung, daß die gemeinsame Erklärung der bürgerlichen Fraktionen, die Herr Spahn abgab, und die sozialdemokratische Forderung Scheidemanns, einen baldigen, ehrenvollen Frieden und eine Sicherung Deutschlands vor einem neuen Kriege ohne jede Annektion durchzuführen, wesentlich voneinander abwichen. Erfreulich aber war, daß der Kanzler des Deutschen Reiches in Form und Inhalt seiner Rede Maß hielt und hiernach in keinem Falle mit den „Nichts-als-Annektionisten“ in einen Topf geworfen werden kann. Das unterstrich auch Genosse Landsberg.

Die ganzen Verhandlungen sagen allen, die es hören wollen, daß es in der deutschen Volksvertretung keine einzige Stimme gibt, die den Krieg nur um des Krieges willen weiterführen will. Erneut ist bemerkt, daß abgesehen von ein paar „Wüterichen und Profitstücken“, wie neulich ein bürgerlicher Journalist schrieb, — im Deutschen Reich jedermann Frieden will. Nur über die Einzelheiten, wie wir wiederholen, können Gegensätze entstehen und durch ungeschicktes Verhalten einseitiger Interessentengruppen verschärft werden. Es ist aber schon ein großes und bleibendes Verdienst der sozialdemokratischen Friedensinterpellation, gezeigt zu haben, daß das deutsche Volk und auch die deutsche Regierung bereit sind, in Friedensverhandlungen einzutreten — freilich nicht, solange Brand, Raub und Sasonom, taub gegen alle dröhnende Wirklichkeit, das Kriegsziel der Schwälmerung, Zerstückung, ja Vernichtung Deutschlands und seiner Verbündeten aufstellen.

„Bremer Bürger-Zeitung“:

Auch wir sind leider nicht in der Lage, die Verhandlungen des Reichstages von unserem Standpunkte würdigen zu können und schließen uns dem Appell des „Vorwärts“ an die selbständige Urteilsfähigkeit der Genossen an.

Aus Groß-Berlin.

Ein verlockendes Angebot.

Gegenüber Zeitungsangeigen, die Lehrmädchen oder Lehramtamen suchen und dabei von hohem Verdienst reden, ist immer wieder Vorsicht zu empfehlen. Wir halten das für nötig auch gegenüber dem folgenden in der „Morgenpost“ veröffentlichten Angebot, auf das wir aus dem Kreise unserer Leser aufmerksam gemacht werden: „Lehrmädchen auf Mäntel, 30 M. Wochenverdienst. Ramin, Lehrtr. Straße 56.“ Will Meister Ramin nicht hinzufügen, wann eine Mäntelnäherin die 30 Mark Wochenlohn verdienen kann? Wenn sie ausgearbeitet hat, wird sie die unangenehme Ueberzahlung erleben, daß sie einstuweilen sehr viel weniger als 30 M. pro Woche verdient. Viele Mäntelnäherinnen bringen es in ihrem ganzen Leben nicht dazu, solchen sicherlich noch nicht mal hoch zu nennenden Wochenverdienst nach Hause tragen zu dürfen. In der Heimarbeit ist der Lohn, der schließlich erarbeitet wird, nicht selten das Ergebnis des Zusammenwirkens aller Familienmitglieder. Das weiß jeder, der die Verhältnisse in der Heimarbeit und namentlich in der Mäntelnäherie kennt. Nur den wenigen Glücklichen, die besonders lohnende Arbeit finden, winkt bei hoher Leistungsfähigkeit und langer Arbeitszeit ein Wochenverdienst von 30 M. Und auch ihnen ist er keineswegs Woche für Woche sicher, vielmehr haben sie in der geschäftstillen Zeit auf Wochen der Arbeitslosigkeit zu rechnen. Selbst den bewährten Arbeiterinnen, an denen es in der Mäntelnäherie durchaus nicht fehlt, bleibt dieses Schicksal nicht ganz erspart. Allen arbeitssuchenden Frauen und jungen Mädchen kann, esse sie auf Angebote wie das obige eingehen, nur empfohlen werden, bei dem Schneiderverband (Berlin, Sebastianstraße 37/38) sich Rat zu holen. Er gibt über die Arbeits- und Lohnverhältnisse in Schneider- und Näherie sachgemäße Auskunft.

Auf dem Gemüsemarkt herrschte gestern große Verwirrung. Die festgesetzten Höchstpreise für die Erzeuger haben die Großhändler veranlaßt, seit einigen Tagen die Zufuhr einzuschränken, weil der für sie zulässige Verdienst zu gering erscheint und der Gemüselieferant klagt über die Großhändler. Es zeigt sich wieder, daß es an einer planvollen Organisation des Lebensmittelmarktes fehlt, was schwere Nachteile für die Konsumenten im Gefolge hat.

Zwischen Bahnsteig und Trittbrett.

Ein tödlicher Unfall ereignete sich in der vergangenen Nacht auf dem Silesischen Bahnhof. Eine 51 Jahre alte Frau Marie Seibert geborene Kühn, die in Köstritz-Neustadt in der Markgrafenstraße wohnt, war in Berlin zu Besuch und wollte um 1/2 12 Uhr vom Silesischen Bahnhof mit dem D-Zug wieder nach Hause fahren. Sie kam erst im letzten Augenblick nach dem Bahnsteig B und versuchte noch einzusteigen, als der Zug sich schon in Bewegung gesetzt hatte. Hierbei glitt sie aus, fiel auf den Bahnkörper und geriet so unglücklich zwischen Vordachkante des Bahnsteiges und das Trittbrett des Wagens, daß ihr der Brustkorb eingedrückt wurde. Die Frau war sofort tot.

Eine schwere Bluttat wurde gestern nachmittag in Neukölln verübt. Dort verwundete der 37 Jahre alte Apothekerprovisor Siegmund Andrefsen seinen 58 Jahre alten Kollegen Otto Große

durch einen Dolchstoß so schwer, daß er lebensgefährlich dantodet liegt. Andresen fand eine Zeitlang im Felde, wurde aber als dienstuntauglich entlassen. Vor fünf Wochen erhielt er eine Provisorische in der Arminius-Apothek von Rudloff in der Hermannstraße 21 zu Neufuß. Hier trat vier Tage später auch Grotte ein, der in Ägypten eine Apotheke besaß, von den Engländern aber vertrieben wurde. Andresen, ein schwer nervenkranker Mensch, glaubte nun, daß ihm der ältere Kollege im Wege stehe und beschloß, ihn zu beseitigen. Mit einem Dolch, den er sich vorgestern eigens dazu gekauft hatte, versetzte er ihm gestern nachmittag, als er mit ihm allein hinter dem Adentisch stand, einen Stich, der die Halsschlagader traf. Der Gestoßene brach blutüberströmt zusammen und wurde alsbald mit einem Wagen nach dem Krankenhaus in der Hofenstraße gebracht. Andresen verließ bald nach der Tat die Apotheke und schickte dann von der Straße aus ein kleines Mädchen hinein, das ihm den Hut holen sollte. Unterdessen kam aber schon die Kriminalpolizei und nahm ihn fest. Nachdem der Tatbestand und der Befund am Tatort aufgenommen war, wurde der Verhaftete nach der Revierwache und dann nach dem Neufußener Polizeipräsidium gebracht. Nach dem Ergebnis der bisherigen Ermittlungen hat Andresen in einem Anfall von geistiger Umnachtung gehandelt.

Milchverfälschung.

Milchverfälschungen in großem Umfange wurden der Molkereibesitzerin Frau Amanda Kießer zur Last gelegt, die deshalb vor dem Schöffengericht Berlin-Weßling sich zu verantworten hatte. Die Angeklagte wurde für schuldig befunden, in zahlreichen Fällen Milchverfälschungen vorgenommen zu haben und zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Zu Tode gemißhandelt? Gestern vormittag wurde eine Frauensperson angeblich mit dem Namen Stanislawka Kleist, etwa 45 Jahre alt, in der Wohnung des Arbeiters Viktor Gola, Steinstr. 16, Hof rechts, im Bette liegend tot aufgefunden. Die Leiche war mit blutunterlaufenen Flecken bedeckt; anscheinend ist die Frau nach Mißhandlungen durch Gola gestorben.

Der Verein für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik trat gestern vormittag im Festsaal des Charlottenburger Rathauses unter zahlreicher Beteiligung von Kommunalpolitikern und Stadtvertretern zu einer Tagung zusammen. Es wurden wichtige, die Gemeinden interessierende Fragen behandelt, wie die Lebensmittelpflicht, die Kriegsbeschädigtenfürsorge und andere Fragen.

Verloren wurde am Sonnabendnachmittag auf dem Wege Bilmersdorf, Landhausstraße — Charlottenburg, Ansbacher Straße — Schöneberg, Goldstraße ein kleines schwarzes Herrenportemonnaie mit 86 Mark in Papiergeld. Der ehrliche Finder wird gebeten, seinen Fund gegen Belohnung abzugeben bei Reich, Neufuß, Kaiser-Friedrich-Str. 14, II.

Aus den Gemeinden.

Teuerungszulage für Angestellte und Arbeiter der Stadt Schöneberg.

In ihrer gestrigen Sitzung beschloß die Stadtverordnetenversammlung eine Erhöhung der Kriegsteuerungszulage über die Magistratsvorlage hinaus, und zwar sollen erhalten: Ledige und Verheiratete 16 M., Verheiratete mit einem Kind 18 M., mit zwei Kindern 21 M., mit drei Kindern 24 M., mit vier Kindern 27 M., für jedes weitere Kind 3 M. mehr. Die Reinnachfrauen an den städtischen Schulen sollen pro Stunde 5 Pf. mehr erhalten. Ferner erhalten die Reinnachfrauen an den Tagen, wo durch eine Siegesfeier die Schulen geschlossen bleiben, ebenfalls den Tag voll bezahlt, während bisher an diesen Tagen ein Ausfall zu verzeichnen war. Auch sollen für die städtischen Pensionsempfänger 5000 Mark bereitgestellt werden, um begründeten Gesuchen gerecht werden zu können. Außerdem wurde eine Verbesserung für die städtischen Arbeiter beschlossen, und zwar soll an Stelle des bisherigen Gehalts oder Lohnbeitrages "gelagt werden: desjenigen Gehalts oder Lohnbeitrages, welchen der einzelne bei seinem Verbleib in städtischen Diensten bezogen haben würde". Das bedeutet eine wesentliche Verbesserung für die städtischen Arbeiter. Die Gehaltsgrenze ist für Ledige bis zu einem Jahreseinkommen von 2000 M. und für Verheiratete bis 3000 M. beibehalten worden. — Mitgeteilt wurde noch, daß der Rentier Krieff der Stadt einen Betrag von 60000 M. überwiesen hat, dessen Zinsen jedes Jahr am 27. Januar an Kriegsbeschädigte zur Auszahlung gelangen sollen.

Weihnachtsunterstützung für die Kriegerfamilien in Friedrichsfelde.

In der gestrigen Gemeindevortagung wurde beschlossen, die Unterstützung der Angehörigen der Kriegsteilnehmer zu Weihnachten dahingehend zu regeln, daß die Frauen 6 M. und jedes Kind 1,50 M. extra erhält. Die sonstigen unterstützungsberechtigten Angehörigen der Kriegsteilnehmer, wie Väter, Mütter usw., sollen den Frauen gleichgültig werden und ebenfalls 6 M. bekommen. — Ferner wurde beschlossen, die Schulräume in Friedrichsfelde und Karlshorst der Militärverwaltung zur Verfügung zu stellen, um dadurch zu ermöglichen, daß etwa 2000 Mann Militär in diese Gemeinde verlegt werden können.

Märchenaufführungen.

Neufuß. Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, findet im Karlsgarten eine Wiederholung der Märchenaufführungen statt. Willetts a 10 Pf. für Kinder und 20 Pf. für Erwachsene sind an den bekannten Stellen und auch im Bureau des Wahlvereins, Redarstr. 8, zu haben.

Bilmersdorf. Sonntag, den 19. Dezember 1915, nachmittags 4 Uhr, findet im Saale des „Stadtparls“ (E. Rohr), Kaiserallee 50/51, eine Märchenaufführung: „Der gestiefelte Kater“, statt. Willetts sind zu haben bei Wuppert, Saalfelder Str. 8, Wöhrer, Demolder Str. 56, Gillyardt, Helmstedter Str. 9, Hausbold, Uhländerstraße 130, Hinrichsen, Körnerstraße 42, Holsch, Johann-Sigmund-Str. 5, und in der Konsum-Verkaufsstelle, Wilhelmstraße 24.

Soziales.

Heimarbeiter oder Hausgewerbetreibender?

Ein Zigarrenfabrikant klagte vor dem Gewerbegericht gegen einen Zigarrenarbeiter auf Schadenersatz für angeblich zurückgehaltene Tabak und für Nichtinnehaltung der vierzehntägigen Kündigung. Der Beklagte hatte in seiner Wohnung für den Kläger gearbeitet und dabei seinerseits eine Widelmaderin beschäftigt. Auf die Frage, ob der Beklagte hiernach nicht als Hausgewerbetreibender anzusehen sei, bemerkte der Kläger, jeder Zigarrenmacher, auch wenn er in der Fabrik beschäftigt wird, arbeite mit einer Widelmaderin zusammen, weil die Zigarrenmacher keine Widel machen können. Bei den Heimarbeitern mache meistens die eigene Frau die Widel. Wenn der Beklagte für diese Tätigkeit eine Arbeiterin eingestellt habe, so werde er dadurch nicht Hausgewerbetreibender, sondern er bleibe Heimarbeiter. — Das Gericht entschied, daß der Beklagte als Hausgewerbetreibender anzusehen ist und deshalb keine Kündigung hat. Schadenersatz wegen Nichtinnehaltung der Kündigung könne deshalb nicht beantragt werden, und daß der Beklagte Tabak zurückgehalten habe, sei nicht genügend nachgewiesen.

Einem anderen Arbeitgeber überwiesen.

Frau F. besaß zwei Kinos. Eines in der Reinholdsdorfer Straße, das andere in der Müllerstraße. Eines Tages schickte sie ihren in der Reinholdsdorfer Straße tätigen Klavierpieler nach dem Kino in der Müllerstraße, damit er für die Folgesitzung dort spiele. Frau F. sagte aber nichts davon, daß sie das Kino in der Müllerstraße verkauft hatte und der Klavierpieler nunmehr bei einem anderen Arbeitgeber eintrete. Deshalb mußte also der Klavierpieler annehmen, er stehe immer noch bei Frau F. in Arbeit. Als er von dem neuen Besitzer des Kinos ohne Kündigung entlassen wurde, verklagte er Frau F. beim Gewerbegericht auf Schadenersatz. Das Gericht verurteilte die Beklagte mit der Begründung: Einem anderen Arbeitgeber konnte der Kläger nur mit seinem Einverständnis überwiesen werden. Eine Verständigung mit dem Kläger, daß er aus dem Arbeitsverhältnis bei der Beklagten in ein Arbeitsverhältnis bei dem neuen Besitzer überträte, war nicht erfolgt; der Kläger war also berechtigt sich mit seinen Ansprüchen an die Beklagte als seiner Arbeitgeberin zu halten.

Aus aller Welt.

Raubfall in einem ober-schlesischen Pfarrhaus. Aus Damsrau, Kreis Jallenberg, wird gemeldet: In der Nacht drangen fünf Männer in das hiesige Pfarrhaus ein. Der 67 Jahre alte Erzpriester Pothla erwachte von dem Lärm und jündete Licht an. Die Räuber stürzten sich auf ihn und schenken ihm einen Revolver auf die Brust. Während einer den Geistlichen bewachte und ein zweiter die im Hause befindlichen weiblichen Personen im Schlafzimmer im Schach hielt, eroberten die übrigen den Geldschrank und raubten daraus die Summe von 1200 M. Durch das Geräusch wurde der Nachtwächter aufmerksam und schlug Lärm. Die Räuber ergriffen darauf die Flucht und entliefen unerkannt. Offensichtlich handelt es sich in diesem Falle um dieselben Räuber, die kürzlich den Ueberfall im Bischöflicher Pfarrhaus verübt haben.

Brandunglück in Baden-Baden. Aus Baden-Baden wird gemeldet: Die in der Nähe des Bahnhofes gelegene kleine Villa „Wohligelogen“ ist vollständig niedergebrannt. Der Besitzer, der frühere Rechtskonsulent Hurze, ist in den Flammen umgekommen. Der ebenfalls in der Villa wohnende frühere Vorsitzende der Badischen Landesversicherungsanstalt, Geheimrat Rawina, der hier im Ruhestand lebt, kam mit dem Schrecken davon. Die Entstehungsurache des Brandes ist unbekannt.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 403 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

Generalkommando des 24. Reservekorps.
Infanterie usw.: Garde: 1. und 3. Garde-Reg. 3. B.; 1. und 2. Garde-Reg.-Reg.; Garde-Gren.-Regimenter Alexander, Franz, Elisabeth, Augusta (s. auch Ref.-Inf.-Reg. Nr. 24); Garde-Landst.-Inf.-Bat. Döberitz; Garde-Schützen-Bat. Lehr-Inf.-Reg. Gren.-hgw. Inf.-hgw. Inf.-Regimenter Nr. 1, 3, 5, 6, 10, 11, 15, 18, 23, 31 (s. Inf.-Reg. Nr. 32), 32 bis einschl. 36, 39, 41, 42 (s. Inf.-Reg. Nr. 357), 43, 46, 47, 49, 50, 51, 53, 56, 57, 63, 67, 69, 74, 77 bis einschl. 80, 82, 84, 85, 88, 89, 91, 92, 98, 95, 97, 99, 110, 113, 114, 116, 118, 128, 131, 135, 137, 138, 141, 143, 147, 148, 151, 152, 153, 155 bis einschl. 159, 168, 169, 172 bis einschl. 175, 187, 189, 193, 344, 351 bis einschl. 354, 357, 358, 359, 361, 364, 370, 372, 373, 375 bis einschl. 378. Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 2, 3, 5, 6, 8, 10, 12, 15, 21, 24, 29, 30, 31, 35, 38, 38, 48, 48, 49 (siehe Inf.-Reg. Nr. 375), 52, 57, 60, 61, 67, 69, 75, 76, 78 bis einschl. 81, 83, 86, 87, 93, 98, 100, 116, 118, 201, 203, 204, 207, 208, 213 bis einschl. 218, 218, 219, 220, 223, 225, 227, 229, 231, 233, 235 (letztere beiden s. Inf.-Reg. Nr. 32), 238, 240, 249, 252, 253, 254, 256, bis einschl. 260, 264, 267. Ref.-Erz.-Inf.-Regimenter Nr. 1 und 2. Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 2, 4 (s. Inf.-Reg. Nr. 259), 5, 7, 8, 19, 21, 22, 23, 25, 31, 46 bis einschl. 49, 57, 61, 65, 74, 76, 98, 99, 118, 349, 350, 379. Landst.-Inf.-Regimenter Nr. 8, 10, 11, 20, 22, 23. Brig.-Erz.-Bataillone Nr. 17 (s. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 23), 18, 23, 43 (s. Inf.-Reg. Nr. 370), 50 (s. Inf.-Reg. Nr. 358). Landst.-Inf.-Bataillone: 1. Lachen, 2. Braunschw. Desau, 2. Dortmund, 2. Weimig, 2. Gölzig, 1. Heilberg, 1. Lauban, Rolsheim, Münsterberg, 1. Oldenburg, 4. und 10. Posen, Reddinghausen, Rheidi, St. Wendel, Schwoidnig, Sprottau, Striegau, Thorn, 2. I. Krier, Waidenburg, Wöhlau. Landst.-Inf.-Bataillone: 3. und 4. Braunschw. 2. Darmstadt, 3. Karlsruhe, 10. des 4. Armeekorps (Magdeburg), Mainz, 5. Meß (s. 1. Landst.-Inf.-Ausbild.-Bat. St. Avoob), 6. des 7. Armeekorps (Minden), 3. und 6. Saarbrücken sowie 21. des 7. Armeekorps (Erfeldmühl). Landst.-Inf.-Erz.-Halb-Bat. Sonderhausen. 1. Landst.-Inf.-Ausbild.-Bat. St. Avoob. Remelskommando der Etappen-Inf. der Rhein-Armee. Jäger-Bataillone Nr. 1 (siehe auch Ref.-Jäger-Bat. Nr. 1), 3, 5, 11, 14; Ref.-Bataillone Nr. 1, 2, 11, 21. 1. Erz.-Maschinengew.-Komp. des Gardekorps; Feld-Maschinengew.-Büge Nr. 79 (s. Inf.-Reg. Nr. 93), 107 (s. Inf.-Reg. Nr. 143), 253 (s. Ref.-Jäger-Bat. Nr. 11); Erz.-Festungs-Maschinengew.-Abt. des 20. Armeekorps; Festungs-Maschinengew.-

Trupp Nr. 88 (Meß); Festungs-Maschinengew.-Komp. Straßburg Nr. 26.

Kavallerie: 1. Garde-Drög.; 3. Garde-Mann. Kürassiere Nr. 6, Schwere Ref.-Reiter Nr. 2; Drag. Nr. 2 und 13; Jäger Nr. 4; Mannen Nr. 3, 5, 8, 9; Ref.-Mann. Nr. 1; Jäger zu Pferde Nr. 9.

Feldartillerie: Regiment Nr. 6, 16, 24, 25, 35, 39, 40, 43, 67, 70, 80 (s. Feldart.-Reg. Nr. 225, 99, 213, 217, 225; Ref.-Regimenter Nr. 6, 20, 21, 45, 49, 50, 60, 70. Feldart.-Abt. Nr. 231; Landw.-Abt. des 1. Armeekorps. Ballon-Abwehrkanonenzug Nr. 114 (s. Feldart.-Reg. Nr. 225).

Pioniere: Regiment Nr. 10, 23, 24, 25; Bataillone: I. Nr. 1, I. Nr. 2, I. und II. Nr. 3, I. Nr. 4, I. Nr. 6, I. Nr. 7, I. Nr. 9, II. Nr. 11, II. Nr. 14, I. Nr. 26; Ref.-Bat. Nr. 34. Pionier-Kompagnien Nr. 108, 185, 233, 241; Ref.-Kompagnien Nr. 49, 75, 87; 2. Landw.-Kompagnie des 18. Armeekorps. Pionier-Abt. der 9. Kav.-Division. Minenwerfer-Komp. Nr. 161.

Verkehrstruppen: Festungs-Eisenbahnbau-Komp. Nr. 12. Eisenbahn-Betriebskompagnien Nr. 3 und 21. Schwere Funktionstation Nr. 19. Feldfliegertruppe. Etappen-Kraftwagenkolonne Nr. 62.

Train: Brückentrain des Gardekorps. Proviantkolonne Nr. 2 der 56. Inf.-Div. Fuhrparkkolonne Nr. 7 des 9. Armeekorps und Nr. 800; Ref.-Fuhrparkkolonne Nr. 50 der 16. Ref.-Div. und Nr. 114. Magazin-Fuhrparkkolonne Nr. 108 der 10. Armee und Nr. 853.

Rückführungskolonnen Nr. 151 des 17. Reservekorps.

Sanitäts-Formationen: Sanitäts-Komp. Nr. 2 des 4., Nr. 1 des 6. und Nr. 2 des 21. Armeekorps. Festungs-Sanitäts-Komp. Nr. 1 der 33. Ref.-Div. Ref.-Feldlazarett Nr. 70. Freiwillige Krankenpflege.

Armerungs-Bataillone Nr. 12, 28, 114. Kriegsberpflegungsanstalt der Linien-Kommandantur V. Bewachungskommando des Gefangenenlagers Darmstadt. Haupt-Abteileranstalt (s. Inf.-Reg. Nr. 357). Bezirkskommando Halle a. S.

Der Schluß der bayerischen Verlustliste Nr. 241 wird mitgeteilt, deren Inhalt wir vorgestern angaben.


Die württembergischen Verlustlisten Nr. 317 und 318 melden Verluste des Gren.- und Landw.-Inf.-Regiments Nr. 119; Inf.-Reg. Nr. 120; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 121; Inf.-Reg. Nr. 122; Gren.- und Landw.-Inf.-Reg. Nr. 123; Inf.-Regimenter Nr. 124, 126, 127, 180; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 246. Feldart.-Reg. Nr. 29; Ref.-Feldart.-Reg. Nr. 54; Feldart.- und Erz.-Feldart.-Reg. Nr. 65; 2. Landw.-Pionierkomp. Feldpostamt des Armeekorps; Weitere Verluste. Berichtigungen früherer Verlustlisten.

Offiziere von der Armee; Gren.- und Ref.-Inf.-Reg. Nr. 119; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 120; Inf.-Reg. Nr. 121; Inf.-Reg. Nr. 122; Gren.-Reg. Nr. 123; Inf.-Reg. Nr. 124; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 125; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 246; 1. Ref.-Pionier-Komp.; 6. Feld-Pionier-Komp.; Schwere Proviantkolonne Nr. 5; Berichtigung früherer Verlustlisten.

Briefkasten der Redaktion.

Frau Preuke. Wenn der Sohn für Ihren Unterhalt gesorgt hat, haben Sie Anspruch auf Unterstützung. Wenn Sie sich eventuell mit einer Bekannten an das Militär-Bureau des Magistrats Berlin, Rokestr. 63. — W. R. 31. Gerüger Herzfelder; Diensthilf. — W. R. 175. Kündigung kann in diesem Falle nicht erfolgen; Sie müssen eventuell auf Fortleitung des Lehrvertrages klagen. — W. R. 18. Da Ihr Vater den Mietvertrag mitunterzeichnet hat, haften er für die Erfüllung und Mietschuldenszahlung mitunterzeichnen. — W. R. 6. 1. Verweiden; zurückgestellt. 2. Wohlthätigen Erlag können Sie nicht verlangen; die Kasse zahlt nur einen Teil. 3. Dem Kriegsmilitär. 4. Wenn nachgewiesen werden kann, daß die Krankheit im Militärdienst entstanden ist, ja. 5. Transportarbeiter-Verband, Engländer 15. 6. Ja. — W. R. 100. Ja. — W. R. 50. Darüber müssen Sie sich direkt beim Verband erkundigen, Engländer 15. — W. R. 85. 1. An das königliche Kote Kreuz in Kottenhagen. Keine, logar portofrei, wenn Sie den Brief nicht schließen und mit dem Bismarck „Gelangensendung“ versehen. — W. R. 100. Herr-Verkauf. — Christand 638. Leb. Berlin-Steiglig, Althofplatz 5. Lieb. Berlin-Dahlem, Hortensienstr. 14. — Wette. Uns leider nicht bekannt. — W. R. 50. Auf diesem Gebiete können wir Ihnen leider nicht dienen. Damit müssen Sie sich an einen Fachmann wenden. — W. R. 70. Mit dieser Frage müssen Sie sich an den Verband der Schuhmacher wenden, Engländer 14. — W. R. 6. Ja. — C. R. 26. Bei der Wiederherstellung kommt die Kriegswittwenrente ohne weiteres in Fortfall; eine Abfindungssumme wird nicht gezahlt. — C. R. 90. Herzkrank; landwirtschäftig. — 101. E. Charlottenburg. Da der Vater für das uneheliche Kind die Unterhaltskosten zahlt, wird er das auf die Aussteuer anrechnen. — W. R. 14. Wir würden Ihnen empfehlen, die Reklamation des Interneters abzumachen, ebenso den Bescheid vom Truppenamt. — W. R. 17. Die kommunale und Mietsunterstützung kommt in Fortfall. — W. R. 48. Der Adressat des Briefes hat das Anrecht auf denselben; Sie können ihn nicht zurückfordern. 2. Sie können voll gegen den Bruder klagen wegen Verletzung des Briefgeheimnisses. — Wilhelm 60. Nein. — 16. C. 100. Nein. — W. R. 91. Wenn keine mündliche Vereinbarung über die Kündigung getroffen ist, können Sie bei monatlicher Mietzahlung am 15. zum letzten eines jeden Monats kündigen. 3. D. Die Kriegszeit wird mitgerechnet und zwar nicht abgerundet nach Jahren.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittag. Welsch heiter, aber ziemlich kalt und veränderlich, mit öfter wiederholten, meist geringen, nur im Nördlichen Küstengebiet etwas stärkeren Niederschlägen.



Woblerin TABLETTEN

sind unsern Kriegern im Felde eine hochwillkommene

Linderung

In Wind und Wetter schützen Woblerin-Tabletten vor Erfältungen und lindern Husten und Katarrh. Als durstlöschendes Mittel leisten sie unschätzbare Dienste. Senden Sie daher Ihren Angehörigen an die Front Woblerin-Tabletten; sie werden mit Jubel begrüßt.

Feldpostbriefe
mit 2 oder 1 Schachtel Woblerin-Tabletten kosten in allen Apotheken u. Drogerien M. 2.— oder M. 1.—.

Halb umsonst!
Belgarnituren, extrablasse erstklassige Stankstols, Fuchstols, Drossumstank, Fuchsgarnituren, Stankstank, Alesenaumahl, spottbillige Pelzengarnituren, Herrenanzüge, Herrenanzüge, Herrenanzüge, Winterpaletots, Burschenanzüge, Bauernanzüge, Spottbilliger Bettensverkauf, Wäschensverkauf, Gardinenverkauf, Teppichverkauf, Uhrenverkauf, Goldschmuck, Groß-Berlins überbilligste Einkaufsquelle: Pfandbierhaus Hermannplatz 6.

Auskunft
über Familienunterstützung: Kaufverträge: Miets: Abzahlungsgeschäfte: Arbeitsvertrag: Familienrecht: Arbeiterversicherung: Angestelltenversicherung: Zahlungsverträge: Das Gesetz betreffend den Schutz der infolge des Krieges an Wahrnehmung ihrer Rechte verhinderten Personen: Wochenhilfe während des Krieges: Krankenversicherung: Unfallversicherung: Invalidenversicherung und viele andre Fragen, die das Rechtsverhältnis betreffen.

Stoffe
für Maß-Anzüge, Paletots, Ulster
Meter 6, 8, 10, 12 M.

Damen-Kostüm- und Ulster-Stoffe
„Neuhalten“ Meter 3, 5, 7 M.

Seiden-Pilse, Persierier imit.
Astrachan Meter 10, 15, 20 M.

Koch & Seeland, Tuch-Lager
Gertraudenstraße 20-21.

Das Recht
während des Krieges
Preis 30 Pfennig

Heines Werke
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche bekannten Marken Zigaretten zu Originalpreisen.
Amt Spl. 3014.

Nur noch wenige Tage

Die Restbestände

des noch vorhandenen Lagers unserer Filiale
Spittelmarkt 16-17 Ecke Leipzigerstr.

werden mit **25% Rabatt** abgegeben.

Diese 25% werden gleich vom Kaufzettel abgezogen.

A. Sandorf & Co. Spittelmarkt
 16-17
 Ecke Leipzigerstraße

Sozialdemokratischer Wahlverein
 I. d. B. Berl. Reichstagswahlkreis.
 18. Abt. Bez. 814.
 Am Freitag, den 3. Dezember,
 verstarb unser Genosse, der
 Steinscher
Friedrich Ramm
 Stettiner Straße 24.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute
 Dienstag, den 14. Dezember,
 nachmittags 2 1/2 Uhr, von der
 Leichenhalle des neuen Luisen-
 Kirchhofes, Seestraße, aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
 Neukölln.
 Am 10. Dezember verstarb unser
 Parteigenosse
Karl Krüger
 Donaustr. 7 (S. Bezirk).
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute
 Dienstag, den 14. Dezember,
 nachmittags 2 1/2 Uhr, aus dem
 Neuköllner Gemeinde-Friedhof,
 Mariendorfer Weg, statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 Der Vorstand.

Dierdurch die traurige Nach-
 richt, daß mein lieber, treuergebender
 Mann, unser bergsguter Vater,
 Gemißgegneter, Bruder, Schwager
 und Onkel, der Bretterträger
August Dähn
 in noch nicht ganz vollendetem
 56. Lebensjahre an Lungen-
 entzündung am 11. Dezember
 sanft entschlafen ist.
 Dies zeigen tiefbetrauert an
 Witwe **Juliane Dähn**
 geb. **Hochschulz** und Kinder.
 Beerdigung findet heute nach-
 mittags 4 Uhr von der Leichen-
 halle des Zentral-Friedhofes in
 Friedrichshagen aus statt.

Dankfagung.
 Für die herzliche Teilnahme und
 die vielen Kranzpenden, welche uns
 anlässlich der Beerdigung meiner lieben
 Frau
Martha Giese
 in so reichem Maße entgegengebracht
 wurden, sagen wir allen Beteiligten
 unseren herzlichsten Dank.
 7901

Oskar Giese
 nebst Angehörigen.

Dankfagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher
 Teilnahme bei der Beerdigung meines
 lieben unvergesslichen Mannes,
 unseres guten Vaters, sagen wir
 allen Beteiligten, besonders unserem
 lieben Onkel Herrn Müller, unseren
 lieben Kollegen und Kollektanten, so-
 wie den werten Angehörigen der
 80. Verkaufsstelle der Konsumgenossen-
 schaft für die schönen Kranzpenden
 und das ehrenvolle Geleit zur letzten
 Ruhestätte unseren herzlichsten, tief-
 gefühltesten Dank.
 6411

Antonio Tetzl
 und Kinder.

Blumen- und Kranzbinderei
 von **Robert Meyer**,
 Inh.: **P. Golletz**
 Mariannenstr. 3. Tel. Mpl. 348

Gaben Sie
Fußbeschwerden?
 empfehle nach Maß passend
 gearbeitete Stützsohlen (sowie
Bruchbandagen aller Art,
 Leibbinden, Stützcorsets usw., Artikel
 zur Gesundheits- u. Krankenpflege.
Pollmann, Gaudigist,
 Berlin N, Lothringer Str. 60,
 Lieferant für Krankenkassen.

Carbid-Tischlampen
 3,90, Carbid 1 kg 45 Pf. Weberstr. 42.

Zentralverband der Steinarbeiter
 Deutschlands.
Zahlstelle Berlin.
 Am Sonnabend, den 11. De-
 zember, verstarb unser Kollege,
 der Steinmetz
Franz Moisl
 (Volsdam).
 Die Beerdigung findet am
 Mittwoch, den 15. Dezember, nach-
 mittags 3 Uhr, von der Leichen-
 halle des Neuen Friedhofes in
 Volsdam, Saarmünder Straße,
 aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 Die Ortsverwaltung.

Deutscher
Transportarbeiter - Verband.
 Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser Kollege, der Bretter-
 träger
August Dähn
 am 11. d. M. im Alter von
 55 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Dienstag, den 14. d. M., nach-
 mittags 4 Uhr, von der Leichen-
 halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichs-
 hagen aus statt.
 Rege Beteiligung wird erwartet.

Den Mitgliedern ferner zur
 Nachricht, daß unser Kollege, der
 Autofahrer

Alfred Jahn
 am 11. d. M. im Alter von
 37 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Mittwoch, den 15. d. M., nach-
 mittags 3 Uhr, von der Leichen-
 halle des Gemeinde-Friedhofes,
 Wilmersdorf, Berliner Straße,
 aus statt.
 Die Bezirksverwaltung.

Nach langem, schwerem Leiden
 verstarb am 12. Dezember meine
 liebe Frau, gute Mutter, Tochter,
 Schwester und Schwägerin

Agnes Kirstein.
 Im tiefsten Schmerz
Franz Kirstein und Sohn,
 Sorauer Str. 21.
 Beerdigung Mittwoch, nach-
 mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
 halle des Zentral-Friedhofes, Frie-
 drichshagen.

Spezialarzt
Dr. med. Wockentau,
 Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor),
 für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden -
 Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage),
 Blutuntersuchung, Schnelle, sichere
 schmerzlose Heilung ohne Berufs-
 störung, Teilzahlung.
 Sprechstunden: 10-3 und 4-8

Allen Freunden und Bekannten
 die traurige Nachricht, daß unsere
 älteste geliebte Tochter u. Schwester
Frida Gamradt
 nach langem, schwerem, mit Geduld
 ertragenem Leiden im 2. Lebens-
 jahre sanft entschlafen ist.
 Im Namen der Hinterbliebenen
Wilhelm Gamradt,
Meta Gamradt, geb. Schwarz,
Gertr. und Walter, Geschwister.
 Beerdigung heute Dienstag,
 nachm. 3 Uhr, von der Leichen-
 halle der Lustenstadt-Gemeinde,
 Neukölln, Hermannstraße, aus

Dankfagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher
 Teilnahme anlässlich des Todes meiner
 lieben Frau
Emma Schämel
 sage allen Freunden und Bekannten,
 meinen werten Kunden, den Genossen
 des S. Wahlkreises sowie Herrn Dr.
 Schäfer für die trostreichen Worte
 an Sarge der Entschlafenen meinen
 innigsten Dank.
 6111

Wilhelm Schämel
 und Kinder.

Trotz des Krieges!
 verkauft jetzt Engros-Geschäft zu enorm billigen Preisen
Herren- und Burschen-Winter-Ulster!
Serie I 28.00 Serie II 32.00 Serie III 36.00
 sowie einzelne Maßstücke, teils auf Seite, im Werte bis 100 M.
 Verkauf nur Dienstag, Mittwoch, Donnerstag von 10 Uhr
 vormittags bis 7 Uhr abends. 8212

Wichtig für Herren!
Wegen bevorst. Einberufung
 gibt erste Herrenkleider-Fabrik
Ulster, Paletots, Anzüge, fertig und nach Maß
 jetzt auch **im Einzelverkauf** ab.
 Verkaufszeit 10-8. Sonntag 12-8.
 Molkenmarkt 7-8, IV., Ecke Eltergasse. Fahrstuhl.

Beerdigungsverein
 der Zimmerleute Groß-Berlins.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser langjähriges Mitglied
 und Kamerad
Albert Hintze
 Christburger Straße
 am Sonnabend, den 11. Dezember,
 abends 9 1/2 Uhr, nach langem,
 schwerem Krankenleiden im Alter
 von 64 Jahren sanft entschlafen ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet morgen
 Mittwoch, den 15. Dezember, nach-
 mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
 halle des Georgen-Kirchhofes in
 Reichenow, Köpenicker Weg, aus statt.
 30065 Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiterverband.
 Zahlstelle Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser Kollege, der Tischler
Karl Krüger
 Neukölln, Donaustraße 7
 im Alter von 63 Jahren ge-
 storben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Dienstag, den 14. d. M., nach-
 mittags 2 1/2 Uhr, von der Leichen-
 halle des Gemeinde-Friedhofes
 Neukölln, am Mariendorfer Weg,
 aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin N 54, Finienstr. 83-85.
 Telefon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.
 Bureau geöffnet von 9-1 und von 4-7 Uhr.

Mittwoch, den 15. Dezember, abends 7 1/2 Uhr,
 in Graumanns Festsaal, Ranninstr. 27:

Bersammlung
 aller in der Schraubenbranche beschäft.
 Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tagesordnung:
 1. Vortrag des Koll. W. Siering: „Weihnachtsglocken im Kriege.“
 2. Diskussion. 3. Renwahl der Agitationskommission. 4. Branchen-
 angelegenheiten.
 Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!

Achtung! Achtung!

Die **Branchenkonferenzen** der
Bau- u. Geldschrank- Maschinenarbeiter
Schlosser Mechaniker
Gold- und Silber- Metalldreher
arbeiter Arbeiter
Gürtler Rohrleger u. Helfer
Klempner Schraubendreher
Drücker Werkzeugmacher

finden in diesem Monat nicht statt.
 123/14 Die Ortsverwaltung.

Verband der Schneider, Schneiderinnen
und Wäscharbeiter Deutschlands.
 Filiale Berlin. Telefon: Amt Kottbuscherplatz 9737

Achtung! Militärschneider! Achtung!

Am Sonnabend, den 18. Dezember, abends 8 1/2 Uhr,
 findet im Gewerkschaftshause, Engelauer 15 eine
Mitglieder-Bersammlung
 aller, auch vorübergehend, in der Offizier-Uniformbranche
 Beschäftigten

Tagesordnung:
 „Das Ergebnis der Abstimmung über die Schieds-
 sprüche der Unparteiischen.“
 Mit Rücksicht auf die wichtige Tagesordnung ist zahl-
 reicher Besuch dieser Bersammlung unbedingt erforderlich.
 163/12 Die Ortsverwaltung.